

Christoph Badelt

**NIEDERÖSTERREICH:
MEIN LAND DENKT AN MORGEN**

**Projekt „Landesstrategie
Niederösterreich 2030: Soziale und
ökonomische Entwicklungen“**

Jahresbericht über das Jahr 2024

27.02. 2025

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung: Anliegen und Aufbau des Dokuments	1
FRAGE 1: WIE LEBEN WIR MORGEN?	3
Miteinander mehr erreichen im Land	3
Niederösterreichs Familien stärken	3
Sicher gut wohnen in Niederösterreich	4
Verlässliche Nahversorgung im ganzen Land	4
Grüne Mobilität in Blau und Gelb	5
Mehr aus der Digitalisierung machen	6
FRAGE 2: WOVON LEBEN WIR MORGEN?.....	8
Blau-Gelbe Arbeitsplätze von morgen sichern	12
Standort Niederösterreich für Wirtschaft und Wohlstand stärken.....	13
Unternehmertum und regionale Innovationskraft fördern	15
Starke Landwirtschaft für Niederösterreich sichern	18
Niederösterreichs Internationalität und Export stärken	20
Unsere blau-gelbe Zukunft bilden	23
Wissen schaffen für Niederösterreich	23
FRAGE 3: WIE ORGANISIEREN WIR UNS MORGEN?	25
Starke Demokratie und Beteiligung im Land	25
Blau-Gelbe digitale, dezentrale und bürgernahe Landesverwaltung	26
Nachhaltige Raumplanung in Niederösterreich	28
FRAGE 4: WORAUF ACHTEN WIR MORGEN?	30
Ein Land für alle Generationen.....	30
Gesundes Land Niederösterreich	30
Unsere Umwelt schützen und Energie sichern.....	32
Gemeinsam Sicherheit im Land schaffen.....	38
FRAGE 5: WER WOLLEN WIR MORGEN SEIN?.....	38
Niederösterreich für alle.....	38
Land mit Geschichte und Zukunft	39
Kultur im Land (er)leben	39
Mit Europa in die Zukunft Niederösterreichs	40
ZUSAMMENFASSENDE EINSCHÄTZUNG	40

Vorbemerkung: Anliegen und Aufbau des Dokuments

Aufgabenstellung und Zielsetzung des Gesamtprojekts

Das Gesamtprojekt „**Mein Land denkt an morgen – Zukunftskompass Niederösterreich**“ dient der wissenschaftlich fundierten Begleitung der Entwicklung Niederösterreichs und der Ableitung strategischer Handlungsempfehlungen für die Zukunft. Im Mittelpunkt steht dabei die Identifikation relevanter Entwicklungen und neuer Potenziale für die Gestaltung der Zukunft des Landes.

Das Zukunftsfeld „Wissenschaftliche Studien“ ist dabei wesentlich, denn hierbei spielt die wissenschaftliche Analyse bestehender aktueller Studien und Daten eine zentrale Rolle: Im ersten Jahr wird mit dem Zukunftsreport als Grundlage der Status der Implementierung der diversen Handlungsfelder und Maßnahmen evaluiert, um den Status quo zu erhalten. In den Folgejahren wird das Zukunftsfeld „Wissenschaftliche Studien“ im Rahmen von „Mein Land denkt an morgen“ dazu genutzt, aktuelle sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Studien und Daten zu sichten, zentrale Erkenntnisse zusammenzufassen und anhand der fünf Fragen, die als Leitlinie der Initiative dienen, Impulse für künftige Entwicklungen abzuleiten. Dabei kann es nicht um eine vollständige Darstellung der Arbeit der Landesregierung gehen, da die üblichen „Routine“-tätigkeiten der Verwaltung in diesem Bericht nicht angesprochen werden.

Vorgehensweise und methodischer Ansatz

Zur Sicherstellung einer kontinuierlichen wissenschaftlichen Begleitung erfolgt jährlich eine Analyse der relevanten Entwicklungen in Niederösterreich anhand folgender methodischer Schritte:

- **Setzung der Themenschwerpunkte** – Es werden jährlich zentrale Fragestellungen definiert, die im Kontext der Landesentwicklung besondere Bedeutung haben.
- **Erfassung und Sichtung relevanter Studien** – Aktuelle Studien und Analysen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage Niederösterreichs werden identifiziert und systematisch ausgewertet.
- **Inhaltsanalytische Untersuchung und Querschnittsanalyse** – Die Studien werden auf Schlüsselerkenntnisse hin untersucht und in einen größeren Kontext eingeordnet.
- **Stakeholder-Interviews** – Um praxisnahe Einsichten zu gewinnen, werden Gespräche mit zentralen Akteuren geführt, darunter Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung, Sozialpartner und weitere Stakeholder.
- **Ableitung von Handlungsempfehlungen** – Basierend auf den gewonnenen Erkenntnissen werden strategische Vorschläge und potenzielle Handlungsfelder für die Weiterentwicklung Niederösterreichs erarbeitet.

- Während im ersten Jahr der wissenschaftliche Status quo zur Ausarbeitung und Implementierung des Zukunftsreports dokumentiert wird, dient die Wissenschaft in den Folgejahren primär als Input- und Impulsgeber.

Ziel ist:

- **neue Erkenntnisse aus wissenschaftlichen Studien** zu identifizieren und nutzbar zu machen,
- **Schwerpunktthemen und blinde Flecken** in der aktuellen Entwicklung aufzuzeigen,
- **Handlungskorridore und strategische Empfehlungen** für politische Entscheidungsträgerinnen und -träger abzuleiten.

Zu diesem Jahresbericht

Aus dem genannten Anliegen ergibt sich die **Struktur der** jährlich zu legenden **Berichte**: Es geht nicht um die Landespolitik im Allgemeinen, sondern um die Themenbereiche, die in der Landesstrategie 2030 bzw. im Zukunftsreport enthalten sind und die den fünf Kernfragen, auf die die Strategie eine Antwort gibt, zugeordnet werden. Auf diese Art wird die Entwicklung in diesen Themenfeldern während der Projektlaufzeit beobachtet und dokumentiert. Dadurch entsteht ein Bild, wie die Landesstrategie umgesetzt wird.

Die Dokumentation der Entwicklungen kann auf zwei Zugängen basieren, die in diesem Dokument beide angewandt werden:

- Die Landesstrategie kann durch bzw. im Rahmen von Beschlüssen der Landesregierung oder ihrer Mitglieder umgesetzt werden; insofern gilt es, explizite Beschlüsse, die im Land gefallen sind, aber auch die dazu nötigen vorbereitenden Überlegungen (z.B. im Rahmen von Konzepten oder Diskussionspapieren) zu sichten. („**Inputorientierung**“) (Beispiel: Programm zum Ausbau der Kinderbetreuung)
- In den Themenfeldern der Landesstrategie werden immer wieder empirisch orientierte Dokumente erstellt, die den Zustand des Landes in einem bestimmten Bereich beschreiben. Dies kann durch quantitative Indikatoren (also durch Statistiken) oder durch qualitative Beschreibungen der angesprochenen Bereiche geschehen. Dokumente dieser Art werden ebenfalls verwendet. („**Outputorientierung**“) (Beispiel: empirische Indikatoren zur Zahl der Absolventinnen und Absolventen von Hochschulen in Niederösterreich) Dabei ist zu bedenken, dass empirisch dokumentierte Veränderungen auf die Umsetzung der Landesstrategie und/oder auf externe Faktoren (z.B. die gesamtwirtschaftliche Entwicklung) zurückzuführen sein können.

Der vorliegende Jahresbericht 2024 gibt den **Erkenntnisstand** auf der Basis jener Dokumente wieder, die bis **Anfang Jänner 2025** verfügbar waren. Da die Beschlussfassung über das Gesamtprojekt erst im November 2024 erfolgte, kann der

Jahresbericht 2024 nicht sämtliche Themenfelder, die in der Landesstrategie enthalten sind, (vollständig) abdecken.

Durch den Regierungswechsel, der nach den Landtagswahlen zu Beginn 2023 erfolgte, ergibt sich hinsichtlich der Initiative „Mein Land denkt an morgen“ eine gewisse Bruchlinie, da der Zukunftsreport noch von der im Herbst 2022 im Amt befindlichen Regierung präsentiert wurde. Umso wichtiger ist es klarzustellen, dass bzw. inwieweit die vorgeschlagenen Handlungsfelder und Maßnahmen auch im Regierungsprogramm der gegenwärtigen Regierung Niederschlag gefunden hat. Eine Analyse dieser Art wird im vorliegenden Bericht vorgenommen; der Vergleich zieht sich durch den gesamten Bericht – wird also bei allen fünf Fragen aufgenommen. Zwar ist eine vollständige Identität der beiden Dokumente nicht zu erwarten, weil sie in unterschiedlichen Kontexten entstanden sind und unterschiedlichen Zwecken dienen. Aber auch die Übernahme wichtiger Teilaspekte ist ein erster Schritt zu einer Umsetzung der im Rahmen des Zukunftsreports vorgeschlagenen Maßnahmen.

Bei allen in den verschiedenen Dokumenten dargestellten Plänen und zukünftigen Vorhaben ist für die praktische Implementierung in der Regel auch ein finanzieller Aufwand nötig, der im Einzelfall zu kalkulieren ist. Die **Finanzierbarkeit öffentlicher Vorhaben** ist daher stets mit zu bedenken.

FRAGE 1: WIE LEBEN WIR MORGEN?

Miteinander mehr erreichen im Land

Die Landesstrategie bezieht sich bei diesem Thema vor allem auf die **Bedeutung des Ehrenamts** als Ausdruck des sozialen Miteinanders im Land. Sie erwähnt verschiedene Unterstützungsmöglichkeiten für Ehrenamtliche und legt es als besonders wichtig nahe, den Zugang zum Ehrenamt zu erleichtern und sämtliche Generationen für das Ehrenamt zu begeistern. Dieses Anliegen ist auch im Regierungsprogramm an mehreren Stellen vertreten, so z.B. bei der Unterstützung pflegender Angehöriger bzw. bei der Kooperation mit Nonprofit-Organisationen in der Pflege generell (S. 23) oder beim Sport (S. 26), indirekt auch im Familienkapitel (S. 11).

Niederösterreichs Familien stärken

Ein hohes Maß an Übereinstimmung zwischen der Landesstrategie und dem Regierungsprogramm besteht in den verschiedenen Initiativen zum Ausbau und zur Unterstützung der **Kinderbetreuung**. (S. 11) Dabei wird auch auf die Gewinnung von zusätzlichem geeigneten Personal Bezug genommen, ein Thema, das in der Landesstrategie zwar nicht explizit genannt wird, aber implizit ebenso enthalten ist.

Sicher gut wohnen in Niederösterreich

Das Regierungsprogramm greift eine Reihe von Themen auf, die die Landesstrategie im Bereich Wohnen als wichtig definiert hat. Dazu gehören insbesondere die **Schaffung von mehr Wohnraum** an sich, vor allem auch durch gemeinnützige Träger, die Identifikation der spezifischen Wohnbedürfnisse **bestimmter Bevölkerungsgruppen** (z.B. **junge Menschen**), aber auch die Thematisierung der **Revitalisierung der Ortskerne**, um auch in den Ortszentren mehr Wohnraum zu schaffen bzw. wieder zu beleben. (S. 35) Bemerkenswert ist auch die Erwähnung der **Digitalisierung** im Kapitel „Wohnen“, in dem vom Regierungsprogramm etwa die Schaffung geeigneter Infrastruktur für das Wohnen und Arbeiten an einem Ort angesprochen wird.

Die Landesstrategie sieht den Ausbau des Angebots von **generationenübergreifenden Wohnkonzepten** sowie die Sicherung und den Ausbau des Angebots von **betreuten Wohnkonzepten** als einen Weg, der jedenfalls eingeschlagen werden sollte. Bei der Realisierung dieses Anliegens kann auf Vorarbeiten der Studie „Wohnen im Alter in Niederösterreich“ vom Dezember 2021 (Studie 2.44.) zurückgegriffen werden. Die Studie stellt eine Vielzahl von altersgerechten Wohn- und Lebensformen dar. Es geht dabei nicht um die Ablösung des Einfamilienhauses durch eine einzige Alternative, sondern um eine partizipative Beteiligung der Betroffenen an ihrer künftigen Lebensgestaltung. Diese muss frühzeitig geplant werden. Die Arbeit plädiert dafür, dass dies spätestens zum Zeitpunkt des Eintretens in den Ruhestand erfolgt.

Bei der Vorbereitung einer solchen Entscheidung müsste auch die Landesregierung involviert sein. Dies betrifft etwa die Bereiche Wohnbauförderung, Raumordnung, Dorferneuerung, Soziales, Gesundheit und Bildung. Wenn das Land diesbezügliche Initiativen setzen will, kann auf die in der Studie gesammelte Expertise zurückgegriffen werden. Dies betrifft in erster Linie eine Adaption der **Wohnbauförderung**, die auch auf neue Wohnformen ausgerichtet sein müsste.

Eng mit Wohnprojekten ist auch die Planung von modernen Mobilitätskonzepten, vor allem zur Überbrückung der „letzten Meile“ zum öffentlichen Verkehr verbunden. Die im Jahr 2022 fertig gestellte Studie zu **innovativen Mobilitätskonzepten im großvolumigen Wohnbau** (Studie 2.45.) hat gemeinsam mit Wohnbauträgern eine Reihe von Modellen entwickelt, die bei Neubausiedlungen umgesetzt wurden. Es ist vorgesehen, „voraussichtlich nach 2025, in einer zu beauftragenden Folgestudie den Erfolg der bis dahin umgesetzten alternativen Verkehrslösungen anhand der Erfahrungen der Wohnbauträger, der Bewohner*innen und der Gemeinden zu erheben.“ (S.4) Bei der Umsetzung der Landesstrategie in den Folgejahren könnte auf diese Erfahrungen zurückgegriffen werden.

Verlässliche Nahversorgung im ganzen Land

Im **Regierungsprogramm** kommt das Anliegen der Nahversorgung – mit Ausnahme eines kurzen Hinweises bei der Ortskernbelebung (S. 34f) - überraschenderweise nicht explizit vor. Die Landesstrategie legt jedoch auf dieses Thema einen nicht unwesentlichen Schwerpunkt. Dabei geht es vor allem um die Identifikation von Lücken

in der Nahversorgung, aber auch um die Entwicklung **neuer Nahversorgungskonzepte**, um auf die Bedürfnisse der Bevölkerung ebenso Rücksicht zu nehmen wie auf die Anforderungen und Restriktionen der modernen Wirtschaft.

Die hohe Relevanz des Themas wird durch eine empirische Studie des Market Instituts („Niederösterreich: Die Stärke der Regionen“) (Studie 6.133.) belegt, die ungefähr zum Zeitpunkt der Fertigstellung der Landesstrategie erstellt wurde. Dabei wurde die Bevölkerung zu relevanten Aspekten der Qualität ihrer Wohnumgebung befragt. Mehr als zwei Drittel (67%) der Bevölkerung über 16 Jahren gaben eine funktionierende **Nahversorgung als sehr wichtiges Merkmal einer hohen Qualität** einer für das **Wohnen** attraktiven Region an. (S. 26) Nur Sicherheit und leistbares Wohnen erhielten ähnlich hohe Präferenzwerte. Da auch aktuelle Zufriedenheitswerte abgefragt wurden, könnten in den kommenden Jahren entsprechende Veränderungen dokumentiert werden, womit ein Aspekt der Umsetzung der Landesstrategie beschrieben wäre.

Grüne Mobilität in Blau und Gelb

Zwischen Landesstrategie und Regierungsprogramm gibt es eine weitgehende Übereinstimmung beim Anliegen des Ausbaus und der Förderung des **öffentlichen Verkehrs**. Dabei geht es sowohl um die Bahninfrastruktur generell als auch um einzelne konkrete Projekte zur Verbesserung des Angebots im öffentlichen Verkehr. Das Thema der Mobilität wird dabei nicht nur aus der Konsumentenperspektive betrachtet, sondern auch hinsichtlich der **Mobilitätserfordernisse der Wirtschaft** beleuchtet. Dies findet durch die Erwähnung des Schienenanschlusses von Wirtschaftsparks (Landesstrategie) oder der Ermöglichung von Anschlussbahnen für Großbetriebe (Regierungsprogramm, S. 31) ein Echo.

Konsistent zur Landesstrategie arbeitet das Land an der Umsetzung des **Mobilitätspakets 2023 -2027**. (Studie 11.5.) Dabei stehen folgende Ziele im Vordergrund:

- die Mobilitätschancen verbessern,
- verkehrsbedingte Klima- und Umweltbelastungen minimieren,
- das Verkehrssystem effizienter machen,
- einen sicheren Betrieb der Infrastruktur zu gewährleisten

Dazu kommen besondere Erfordernisse des Klimaschutzes sowie die Verknüpfung bestehender Verkehrssysteme mit **intelligenten Mobilitätsdiensten**. Gerade dieser Zusammenhang wird auch durch die Landesstrategie in den Vordergrund gestellt.

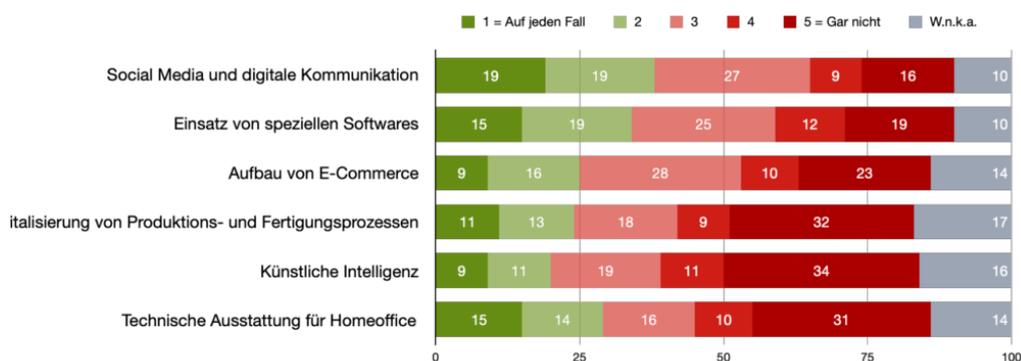
Einen besonderen Schwerpunkt setzt das Programm – wie in der Landesstrategie angesprochen – bei der Weiterentwicklung einer durchgängigen und qualitativ hochwertigen Radverkehrsinfrastruktur. Dies kann z.B. durch das Konzept des Radgrundnetzes bzw. das Netz der Radschnellwege illustriert werden.

Mehr aus der Digitalisierung machen

Die Digitalisierung als besondere Chance für die Zukunft des Landes wird sowohl im Regierungsprogramm als auch in der Landesstrategie explizit dargestellt. Dabei besteht in mehrfacher Hinsicht Übereinstimmung zwischen den beiden Dokumenten: Dies betrifft einerseits die besondere Förderung bzw. **Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben** in ihren Bestrebungen, sich die Digitalisierung nutzbar zu machen. (S. 32). Andererseits wird auch besonderes Gewicht auf die **Modernisierung der Verwaltung** durch vermehrte Schaffung von digitalen Serviceleistungen bzw. durch Modernisierung der Prozesse innerhalb der Verwaltung gelegt. (S. 32). Dies wird auch als geeignetes Mittel zum Bürokratieabbau verstanden. All diese Anliegen finden sich auch in der Landesstrategie, wenn auch bei der „Frage 3“ (vgl. unten)

Die Notwendigkeit, in Unternehmen mehr für den **Ausbau der Digitalisierung** zu sorgen, ist unter anderem durch die Standortbefragung 12.2023 des Instituts für Demoskopie und Datenanalyse (Studie 6.135.) belegt. Bis zu 40% der befragten Unternehmen gaben dabei an, dass sie in wesentlichen Bereichen der Digitalisierung „auf jeden Fall“ **Verbesserungsbedarf** haben. Details können der folgenden Graphik entnommen werden.

In welchen Bereichen besteht in Ihrem Betrieb Verbesserungsbedarf in Bezug auf Digitalisierung? Bitte beurteilen Sie jeden Bereich nach Schulnoten von 1=auf jeden Fall bis 5=gar nicht.



N=501
In Prozent



Quelle: IFDD, Befragung zum Wirtschaftsstandort 12.2023 (Studie 6.135.)

Die **Digitalisierungsstrategie des Landes Niederösterreich** passt gut in dieses Bild. Über ihre Umsetzung wird im jährlichen „Digi Report“ (Studie 6.114.) berichtet. Der jüngste Digi-Report (2023) belegt, dass die Anliegen der Landesstrategie und jene der Digitalisierungsstrategie konsistent sind. Dementsprechend finden sich im Digi Report auch eine Vielzahl von Aktivitäten, die als Umsetzung der Landesstrategie gesehen werden können.

Wie aus der folgenden Darstellung hervorgeht, setzt die Digitalisierungsstrategie drei Stoßrichtungen: **digitale Fitness**, **digitale Infrastruktur** und **digitale Lösungen** (z.B. Digitalisierung in der Verwaltung)



Quelle: Digi-Report 2023, S. 4 (Studie 6.114.)

Ein konkretes Thema in der Landesstrategie ist die Umsetzung der niederösterreichischen Initiative für österreichweit einheitliche Indikatoren zur Messung des Digitalisierungsfortschritts. Mit Wirkung von 2023 ist dieses Vorhaben auf Schiene. Der **Digital Economy and Society Index (DESI)** fasst Indikatoren für die digitale Leistung Europas zusammen und verfolgt die Fortschritte der EU-Länder. Für 2023 gibt es auch einen DESI für die österreichischen Bundesländer, der ab 2024 als Strategieinstrument zur Verfügung steht. Der digitale Fortschritt kann somit nicht nur zwischen den Bundesländern dargestellt, sondern auch auf europäischer Ebene gemessen werden.

Die Abteilung Wirtschaft, Tourismus und Technologie beim Land Niederösterreich und die Wirtschaftskammer Niederösterreich fördern mit der Fortsetzung des **Impulsprogramms digi4Wirtschaft** die Digitalisierung von Prozessen im **produzierenden Gewerbe** und in **handwerklichen Unternehmen**. Dies dient der Umsetzung jenes Zukunftspfads der Landesstrategie, der sich auf die Förderung des digitalen Fortschritts für die niederösterreichische Wirtschaft bezieht. Denn es geht gerade um die Unterstützung der KMUs, die im Bereich der Digitalisierung dringend besser aufgestellt werden sollen.

Schließlich wird auch die **digitale Bildung der Niederösterreichinnen und Niederösterreich** generell gefördert. Im Handlungsfeld „Aus- und Weiterbildung“ erfolgt die Vermittlung digitaler Kompetenzen – bereits beginnend im Kindergartenalter – unter Einbeziehung aller Bevölkerungsschichten. Dies geschieht z.B. durch „niederschwellige“ Angebote wie Vorträge und Seminare, durch e-Learning in der Landesregierung, durch die Finanzierung von innerbetrieblichen Schulungen sowie durch zusätzliche Studienangebote an den Unis und Fachhochschulen in Niederösterreich.

Über die konkreten Initiativen zur Weiterentwicklung der **Digitalisierung in der Verwaltung** wird unten unter Frage 03 berichtet.

FRAGE 2: WOVON LEBEN WIR MORGEN?

Die Umsetzung der Landesstrategie hängt in vielen Bereichen von der wirtschaftlichen Entwicklung ab, weil bei einer wachsenden Wirtschaft Anliegen leichter zu erreichen bzw. zu finanzieren sind als in Zeiten wirtschaftlicher Krisen. Aus diesem Grund steht die Landesstrategie überall dort, wo für angedachte Maßnahmen zusätzliche öffentliche Ausgaben nötig sind, gegenwärtig nicht unter einem guten Stern.

Die **wirtschaftliche Entwicklung** war 2023 in allen österreichischen Bundesländern **ungünstig**. Dies lässt sich aus der zusammenfassenden Berichterstattung des WIFO aus dem Frühjahr 2024 gut ablesen. Die folgende Übersicht des WIFO zeigt die wichtigsten Konjunkturindikatoren in einer regionalwirtschaftlichen Betrachtung, beispielhaft für die letztverfügbaren Daten (Frühjahr 2024).

Übersicht 1.3: **Regionale Konjunkturindikatoren im I. Quartal 2024**

	Sachgütererzeugung		Bauwesen		Tourismus	Unselbständig Beschäftigte		Arbeitslose
	Abgesetzte Produktion, nominell ¹⁾	Produktionsindex, real ²⁾	Abgesetzte Produktion, nominell ¹⁾³⁾	Produktionsindex, real ²⁾	Übernachtungen	Dienstleistungen insgesamt	Wirtschaft insgesamt ⁴⁾	
Veränderung gegen das Vorjahr in %								
Österreich	- 6,7	- 5,1	- 8,2	- 6,5	+ 5,5	+ 0,7	+ 0,2	+ 9,9
Wien	- 0,8	+ 0,7	- 5,8	- 6,1	+ 13,9	+ 1,1	+ 0,9	+ 10,1
Niederösterreich	- 9,3	- 6,8	- 7,2	- 4,1	+ 0,7	+ 0,3	- 0,2	+ 8,6
Burgenland	- 4,6	+ 0,1	- 11,1	- 11,8	+ 16,3	+ 1,6	+ 0,2	+ 6,1
Steiermark	- 4,9	- 3,7	- 8,8	- 9,7	+ 4,5	+ 0,1	- 0,2	+ 11,0
Kärnten	- 11,0	- 4,7	- 16,0	- 12,3	+ 5,0	- 0,1	- 0,1	+ 3,3
Oberösterreich	- 8,3	- 7,0	- 11,5	- 5,1	+ 6,9	- 0,1	- 0,5	+ 16,4
Salzburg	- 5,6	- 6,2	- 0,7	+ 3,3	+ 2,9	+ 1,7	+ 0,8	+ 8,4
Tirol	- 1,8	+ 0,1	- 5,5	- 9,3	+ 5,5	+ 1,5	+ 1,1	+ 6,1
Vorarlberg	- 7,2	- 10,5	- 9,8	- 8,3	+ 8,0	+ 0,9	- 0,2	+ 13,2
Veränderung gegen das Vor-Corona-Niveau (I. Quartal 2019) in %								
Österreich	+ 18,4	+ 0,9	+ 33,1	+ 8,6	- 0,2	+ 5,8	+ 5,3	- 5,8
Wien	+ 39,2	+ 20,2	+ 19,4	- 6,0	+ 3,6	+ 8,0	+ 7,4	- 2,9
Niederösterreich	+ 13,2	- 6,2	+ 40,1	+ 14,3	- 5,4	+ 5,9	+ 5,4	- 15,5
Burgenland	+ 16,7	+ 2,9	+ 43,1	+ 11,6	+ 11,7	+ 9,4	+ 7,8	- 7,3
Steiermark	+ 7,6	- 6,3	+ 39,8	+ 8,8	+ 2,4	+ 3,2	+ 4,0	+ 0,6
Kärnten	+ 29,5	+ 27,4	+ 24,5	+ 16,0	+ 1,2	+ 2,6	+ 3,7	- 14,2
Oberösterreich	+ 16,1	- 0,4	+ 31,7	+ 13,6	+ 2,8	+ 4,5	+ 4,4	- 2,5
Salzburg	+ 47,3	+ 4,7	+ 50,7	+ 23,9	- 0,0	+ 5,7	+ 5,0	- 12,2
Tirol	+ 24,2	+ 8,6	+ 26,4	- 1,1	- 2,0	+ 5,5	+ 5,1	- 4,9
Vorarlberg	+ 8,6	- 7,8	+ 48,2	+ 6,6	+ 1,3	+ 4,7	+ 3,2	+ 7,7

Q: Arbeitsmarktservice Österreich; Dachverband der Sozialversicherungsträger; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Konjunkturerhebung – Grundgesamtheit. – ²⁾ 2021=100. – ³⁾ Wachstumsraten bis 2023 basieren auf den endgültigen Werten, jene von 2023 und später auf den vorläufigen. – ⁴⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten.

Quelle: A. Sebbesen, et al., Anhaltender Industrie- und Bauabschwung in allen Bundesländern, Die Wirtschaft in den österreichischen Bundesländern 1/2024, WIFO, August 2024, S. 6

In Niederösterreich entwickelte sich die Sachgüterproduktion mit $-9,3\%$ besonders schwach, die Bauwirtschaft schrumpfte hingegen mit $-7,2\%$ etwas geringer als dies im österreichischen Trend der Fall war. Im Tourismus nahmen die Nächtigungen mit $+0,7\%$ kaum zu, im Bundesländervergleich stellte Niederösterreich hier das Schlusslicht dar. Auch die Beschäftigung stagnierte in etwa ($-0,2\%$), allerdings nahm die Zahl der Arbeitslosen ($+8,6\%$) weniger stark zu als in Gesamtösterreich ($+9,9\%$).

Bemerkenswert ist auch der Vergleich zur Zeit vor der Coronakrise (2019), die am Anfang der Serie von weltweiten Krisenentwicklungen stand. In realwirtschaftlicher Betrachtung wurde das Produktionsniveau in der Industrie noch nicht erreicht, im Dienstleistungsbereich bzw. im Tourismus liegt die Leistung nur knapp über dem Vorkrisenniveau. Hingegen hat die Bauwirtschaft trotz der aktuellen Krise gegenüber 2019 doch an Produktionswerten zugenommen.

Noch detailliertere Informationen liefert der **jährliche Wirtschaftsbericht** zu Niederösterreich, der von **ECONOMICA** und dem **IHS** erstellt wird und der **landesspezifische Konjunkturprognosen** enthält. Schon Ende des Jahres 2023 zeigt sich ein sehr verhaltenes Bild. (Studie 6.111., S.12 ff) Dazu im (gekürzten) Original: „Im Jahr 2023 belasteten die hohe Inflation, die Stagnation im Euroraum und gestiegene Zinsen die Wirtschaft österreichweit und in Niederösterreich. Infolgedessen ist die Wirtschaft in Niederösterreich im Jahr 2023 laut Schätzungen von ECONOMICA und des IHS um $0,9\%$ geschrumpft.“

Wie auch im Rest Österreichs ist die Zurückhaltung der Konsumentinnen und Konsumenten wesentlich für die Rezession verantwortlich. Dementsprechend war auch der private Konsum rückläufig. Gleichzeitig dämpfte eine schwache Industrieproduktion die Konjunktur. Einerseits profitierte die Industrie von der Verringerung der angebotsseitigen Produktionsbehinderungen und von den gesunkenen Energiepreisen. Andererseits bremsten die schwachen Exporte, die mangelnden Aufträge und der hohe Kostendruck die Industrieproduktion. Die Entwicklung in der Industrie und in den Sektoren, die damit eng verflochten sind, war rückläufig. Besonders schwach war die Produktion in den energieintensiven Wirtschaftsbereichen wie der chemischen Industrie sowie der Holz- und Papierindustrie. Überdies litt die Baukonjunktur unter dem Zinsanstieg und den kräftigen Preissteigerungen.

Zu Beginn des Jahres 2024 ist die Wirtschaftsaktivität in Niederösterreich schwach geblieben. Die Stimmungsindikatoren haben sich stabilisiert, befinden sich jedoch weiterhin auf niedrigem Niveau. Aufgrund dieser Entwicklung wird die Wirtschaftsdynamik im ersten Halbjahr 2024 voraussichtlich schwächer ausfallen als erwartet. Dennoch dürften der immer noch robuste Arbeitsmarkt und die kräftigen nominellen Lohnzuwächse im Laufe des Jahres eine moderate Zunahme des realen Konsums ermöglichen. Auch im Jahr 2025 dürfte der private Konsum stärker zur Wirtschaftsexpansion beitragen, da die Reallöhne wieder anziehen werden. Die sinkenden Zinsen werden dem Konsum und den Investitionen zusätzlich Auftrieb verleihen. Vor diesem Hintergrund erwarten ECONOMICA und das IHS einen Anstieg des realen Bruttoregionalprodukts in Niederösterreich um $0,5\%$ im Jahr 2024. Im Jahr 2025 wird die Wirtschaft in Niederösterreich um voraussichtlich $1,8\%$ expandieren (vgl. Tabelle 3).“

Tabelle 3: Wachstumsraten des realen BIP¹⁾ und der realen Bruttowertschöpfung¹⁾ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr, in %)

	2021	2022	2023*	2024P	2025P
Bruttoregionalprodukt/Bruttoinlandsprodukt (BRP/BIP)					
Niederösterreich (ECONOMICA/IHS)	+3,9	+3,8	-0,9	+0,5	+1,8
Österreich (IHS)	+4,2	+4,8	-0,8	+0,5	+1,5
Österreich (WIFO)	+4,2	+4,8	-0,8	+0,2	+1,8
Bruttowertschöpfung					
Niederösterreich (ECONOMICA/IHS)	+3,1	+4,1	-0,9	+0,5	+1,8
Österreich (WIFO)	+3,5	+5,2	-1,0	+0,3	+1,8

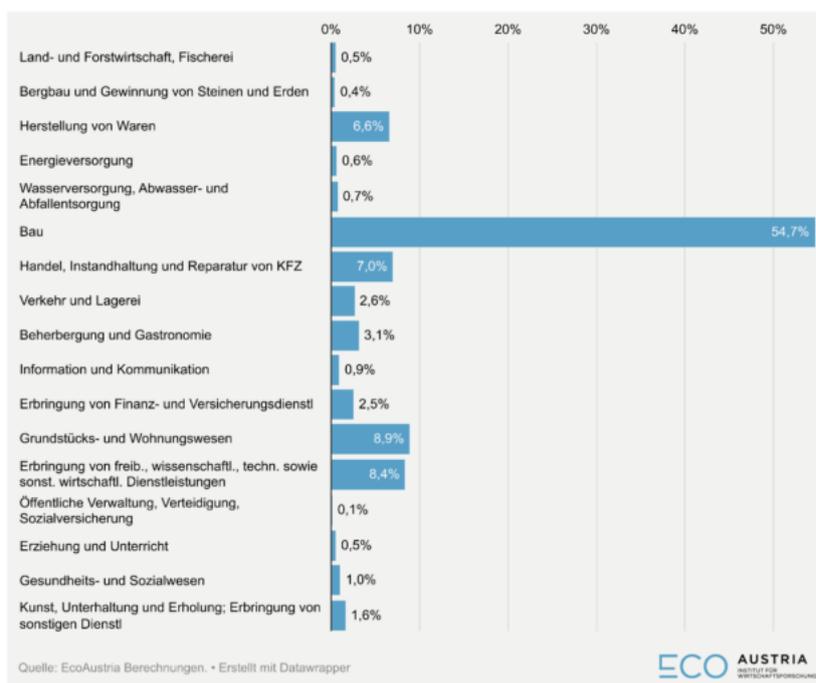
Quelle: STATISTIK AUSTRIA, ECONOMICA/IHS, WIFO. ¹⁾ Zu Vorjahrespreisen. *Vorläufige Schätzwerte. P = Prognose. Schätzung mit Land- und Forstwirtschaft. Prognose ohne Land- und Forstwirtschaft.

Quelle, Studie 6.111., S 23

Bei der Beurteilung dieser aus dem Frühjahr 2024 stammenden Prognose ist allerdings zu beachten, dass sich seit der Erarbeitung dieser Werte die österreichweiten Konjunkturprognosen laufend verschlechtert haben. So rechnet das WIFO in seiner Dezemberprognose bereits damit, dass die österreichische Wirtschaft im Jahr 2024 insgesamt um 0,9% geschrumpft sein wird. Deshalb wird sich die hier vorgestellte Prognose für Niederösterreich wohl als zu optimistisch erweisen. Die finanziellen Restriktionen für Maßnahmen zur Umsetzung der Landesstrategie werden daher wohl auch 2025 noch bestehen bleiben.

Die Landesregierung hat nicht zuletzt aufgrund der sich zum Jahreswechsel 2023/2024 bereits abzeichnenden Verschlechterung der Konjunktursituation für das Jahr 2024 ein umfangreiches Programm von **öffentlichen Investitionen und Investitionsanreizen** für die private Wirtschaft aufgesetzt. Nach einer Schätzung von ECO Austria (Studie 6.127) konnte dadurch ein Investitionsvolumen von 3,2 Mrd Euro angereizt werden. Der Großteil davon entfiel auf die Bauwirtschaft, aber auch die Herstellung von Waren wurde positiv beeinflusst. Eine genauere Darstellung der Branchenwirkungen ist der folgenden Tabelle 2 zu entnehmen:

Tabelle 2: Wertschöpfungseffekte der Investitionen und Investitionsanreize des Landes Niederösterreich auf die niederösterreichische Wirtschaft 2024



Quelle: ECO Austria, Schnellschätzung der Wirkung der Investitionen des Landes Niederösterreich auf Wirtschaftsleistung und Beschäftigung im Jahr 2024 (Studie 6.127), S.7

Je stärker es der Landespolitik gelingt, den Konjunkturreinbruch zu dämpfen, desto mehr können Ressourcen für die Umsetzung der Landesstrategie verwendet werden.

Für die Umsetzungsmöglichkeiten der Landesstrategie sind auch die wichtigsten Indikatoren für den öffentlichen Haushalt in Niederösterreich von hoher Aussagenkraft. Der **Finanzierungssaldo des Landes** hatte sich im Jahr 2023 noch deutlich gebessert. Das Defizit konnte in diesem Jahr deutlich reduziert werden und betrug zuletzt nur mehr etwa 60 Euro pro Kopf, ein Wert, der im Vergleich der Bundesländer sehr positiv zu beurteilen ist.

Tabelle 14: Finanzierungssalden¹⁾ der Länder und Gemeinden 2021 bis 2023 gemäß ESVG 2010 (in Mio EUR und pro Kopf in EUR)

Finanzierungssalden der Länder

	Bgld.	Ktn.	NÖ	OÖ	Sbg.	Stmk.	Tirol	Vbg.	Länder (ohne Wien)	Wien ²⁾	Länder (mit Wien)
in Mio EUR											
2021	-133	-72	-309	-320	-132	-250	-464	-138	-1.820	-1.028	-2.848
2022	-24	145	379	612	95	216	-14	431	1.840	231	2.070
2023	-102	-103	-103	119	-208	-21	-195	-6	-620	-1.142	-1.762
pro Kopf in EUR											
2021	-448	-128	-182	-212	-235	-200	-607	-344	-258	-532	-317
2022	-78	254	220	402	168	170	-18	1.061	258	117	227
2023	-338	-182	-60	78	-364	-16	-252	-16	-87	-569	-192

Quelle: Fiskalrat Austria, Bericht über die öffentlichen Finanzen 2023 – 2028, S. 68

Die **Verschuldung des Landes** stellt sich hingegen weniger günstig dar. Sie ist Ende des Jahres 2023 gegenüber 2022 etwas gewachsen, in einer Pro-Kopf Betrachtung sind die Schulden im Vergleich mit den anderen Bundesländern weit überdurchschnittlich.

Tabelle 17: Öffentliche Verschuldung¹⁾ der Länder und Gemeinden Ende 2021 bis 2023 gemäß ESVG 2010 (in Mio EUR, in Prozent des BIP und pro Kopf in EUR)

Verschuldung der Länder											
	Bgl.	Ktn.	NÖ	OÖ	Sbg.	Stmk.	Tirol	Vbg.	Länder (ohne Wien)	Wien ²⁾	Länder (mit Wien)
in Mio EUR											
2021	1.320	3.624	9.101	2.596	1.255	5.087	873	650	24.504	9.908	34.412
2022	1.327	3.570	9.071	2.391	1.081	4.821	986	578	23.824	9.645	33.469
2023	1.425	3.819	9.110	2.361	1.280	5.708	1.134	585	25.422	10.933	36.356
in % des BIP											
2021	0,3	0,9	2,2	0,6	0,3	1,3	0,2	0,2	6,0	2,4	8,5
2022	0,3	0,8	2,0	0,5	0,2	1,1	0,2	0,1	5,3	2,2	7,5
2023	0,3	0,8	1,9	0,5	0,3	1,2	0,2	0,1	5,4	2,3	7,7
pro Kopf in EUR											
2021	4.435	6.420	5.357	1.725	2.230	4.060	1.142	1.617	3.477	5.129	3.833
2022	4.405	6.275	5.279	1.570	1.902	3.810	1.278	1.422	3.345	4.866	3.676
2023	4.720	6.703	5.285	1.543	2.240	4.495	1.461	1.427	3.554	5.451	3.970

Quelle: Fiskalrat Austria, Bericht über die öffentlichen Finanzen 2023 – 2028, S.82

Blau-Gelbe Arbeitsplätze von morgen sichern

Die Problematik des Arbeitsmarkts zerfällt in mindestens zwei große Problemkreise. Einerseits geht es darum, **sichere Arbeitsplätze im Land** zu schaffen und zu erhalten – ein Thema, das naturgemäß in der Landesstrategie eine wichtige Rolle einnimmt. Das Thema hat aktuell auch wieder an Bedeutung gewonnen, weil die Arbeitslosigkeit wieder im Steigen begriffen ist, wenngleich die Arbeitslosigkeit nach allgemeiner ökonomischer Einschätzung kein großes Problem werden wird – zumindest nicht auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene, was lokale Problemlagen nicht ausschließt.

Zum anderen ist die Diskussion am Arbeitsmarkt auch stark durch die **Arbeitskräfteknappheit** geprägt, ein Problem, das in den nächsten Jahren durch den demografischen Wandel noch an Bedeutung zunehmen wird. Dieser Aspekt steht im Regierungsprogramm zum Thema Arbeit im Vordergrund. (S. 32) Dabei geht es vor allem um Verbesserungen im Bereich der Fachkräfteausbildung, insbesondere in der **Lehre**. Außerdem nimmt sich das Regierungsprogramm stark der Thematik **benachteiligter Personen**, insbesondere benachteiligter Jugendlichen, an. Auch wird eine Fachkräfteausbildung im Rahmen von anstehenden Betriebsansiedlungen ins Auge gefasst (S. 7). Sowohl die Höherqualifikation von Beschäftigten als auch die Integration arbeitsmarktferner Personen sind in der Landesstrategie als wichtige Pläne für die Zukunft angesprochen.

Beide Aspekte der Arbeitsmarktpolitik von morgen werden durch die besonderen Herausforderungen geprägt, die die **grüne Transformation** mit sich bringen. Dem Aspekt der sich neu entwickelnden „**Green Jobs**“ wird daher besondere

Aufmerksamkeit zu widmen sein. Dabei lassen sich drei zentrale Kanäle festmachen, wie sich die Green Transition auf Qualifikationen und Kompetenzen auswirkt: Erstens erfordert sie neue bzw. veränderte Kompetenzen und eine Anpassung der Qualifikationen über verschiedenste bestehende Berufe und Branchen hinweg. Zweitens werden neue Berufe und damit verbundene Qualifikations- und Kompetenzprofile geschaffen. Und drittens führen strukturelle Veränderungen zu einem Anstieg der Nachfrage nach einigen Berufen und einem Rückgang bei anderen. (Studie 8.46.)

Standort Niederösterreich für Wirtschaft und Wohlstand stärken

Das Regierungsprogramm setzt im Bereich Wirtschaft und Standortstärkung einige Schwerpunkte. Dazu zählen die bereits erwähnte Bekämpfung des Fachkräftemangels, die verschiedenen Formen der **Digitalisierungsförderung**, die Stärkung der Exportwirtschaft und die Deregulierung (S. 32). Die Landesstrategie betont ebenso den Infrastrukturausbau, die Bekämpfung des **Fachkräftemangels** sowie verschiedene technologische und innovationspolitische Aspekte. Es gibt in diesem Bereich daher Schnittstellen, aber auch Unterschiede.

Die Landesstrategie stellt klar, dass zur Stärkung des Standorts Niederösterreich die einzelnen **Regionen des Landes** differenziert nach Herausforderungen und Chancen **weiterentwickelt** werden müssen. Insbesondere seien die Technologiezentren und Entwicklungshubs auszubauen und Leitprojekte zu ermöglichen. In Zukunftsbereichen sei die „smarte Spezialisierung“ fortzusetzen, Exzellenz zu entwickeln und Leuchttürme sicherzustellen. Dazu kommt das Erfordernis des Ausbaus der Verkehrs- und der **Digitalinfrastruktur**. Im Verkehrsbereich betrifft das z.B. den Ausbau des hochrangigen Autobahn- und Schnellstraßennetzes, vor allem zum Lückenschluss. In der Digitalisierung spielt der Ausbau des Breitbandnetzes, z.B. durch die nÖGIG, eine besondere Rolle. Die volkswirtschaftliche Relevanz dieser Investitionen ist auch mehrfach belegt. (z.B. Studien 6.146., 6.147., 6.148.)

Um die Weiterentwicklung des Landes im Sinne der Landesstrategie zu beobachten, eignet sich die im Jahr 2023 von ECONOMICA publizierte Studie (6.121.) „Zukunft. Wirtschaft. Niederösterreich“ sehr gut. Weiters fasst die Studie 6.149. (Standortanalyse Niederösterreich) die besonderen Stärken des Landes gut zusammen. Als Ausgangsdiagnose kann von der **„Wertschöpfungsskyline“** des Landes ausgegangen werden.

ABBILDUNG 4: WERTSCHÖPFUNGS-SKYLINE NIEDERÖSTERREICH



Quelle: Economica.

Diese Darstellung verdeutlicht die regionalen Schwerpunkte der Wertschöpfung in Niederösterreich. Die Analyse der Wertschöpfung pro Gemeinde wird dabei auf den Siedlungsraum normiert. Dies erfolgt nicht nur, um die enorme Streuung der flächenmäßigen Erstreckung der Gemeinden zu neutralisieren, sondern auch, um von Einflüssen wie etwa durch Natura 2000-Schutzgebieten auf die Wertschöpfung zu abstrahieren. Bestimmt werden mithin Wertschöpfungsintensitäten in Bezug auf eine gegebene Flächeneinheit – eine Analyse, welche große Unterschiede zwischen den Gemeinden offenbart und damit zugleich aufzeigt, welche enormen Potenziale bei einer produktivitätsorientierten Nutzung der knappen und damit wertvollen Ressource Boden gehoben werden können.

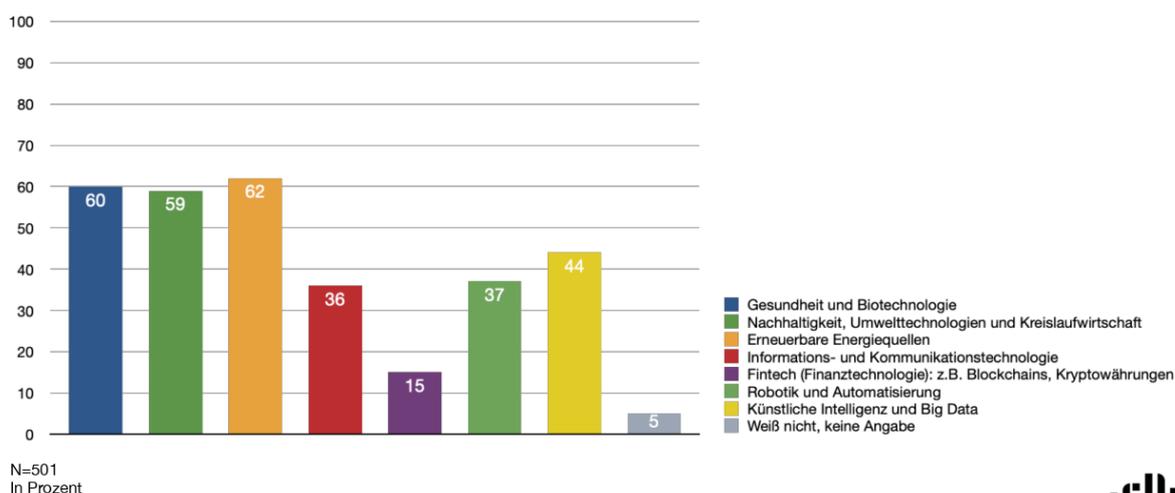
Es gibt bereits jetzt zahlreiche, zum überwiegenden Teil über das Cluster- und das Technopolprogramm sowie andere Initiativen regionalpolitisch gezielt gestärkte **Entwicklungsnuklei** wie den Technologiestandort Wiener Neustadt, den traditionellen Industriestandort Schwechat mit der Mineralölverarbeitung sowie dem Flughafen-Hub Wien als Leitbetrieben, das Handels- und Logistikzentrum im südlichen Wiener Umland, die Donauschiene mit den Technopolen Krems und Tulln sowie weitere Landwirtschafts- und Industrienuklei im Westen des Bundeslandes.

Diese Zentren sind die Ausgangspunkte für die kommenden Jahre, um die Landesstrategie 2030 umzusetzen. Wie in der Strategie vorgeschlagen, geschieht dies am besten durch **Leuchtturmprojekte**, die einerseits Modellcharakter haben, andererseits auch in vielfältiger Hinsicht auf ihre Umwelt und **auf die gesamte niederösterreichische Bevölkerung einwirken**. So stärken sie die Bereitschaft zur Aus- und Weiterbildung, um an den betreffenden Vorhaben beruflich partizipieren zu können, beschleunigen die Verfügbarkeit moderner Technologie und stiften der Bevölkerung einen tempovorteilbedingten Nutzen, indem sie die Identifikation mit dem Land und der Region selbst stärken. Zugleich erhöhen Leuchtturm-Initiativen die Attraktivität Niederösterreichs als Destination für in- und ausländische Direktinvestitionen, und zwar sowohl während der Errichtungs-/Entwicklungsphase als auch während der Betriebsphase.

Die Studie 6.121. systematisiert die verschiedenen Initiativen in drei Gruppen: **digital Wirtschaften, Ressourcen 2.0 und smarte Vitalität**. Diese werden konkret durch jeweils mehrere mögliche Leitprojekte realisiert. In den kommenden Jahren wird über die Erfahrungen und Erfolge der Projekte zu berichten sein.

Bei den in Niederösterreich tätigen Unternehmen herrscht hinsichtlich des Zukunftspotentials bestimmter Branchen bzw. Tätigkeitsfelder große Übereinstimmung. Dies zeigt die Umfrage des Instituts für Demoskopie und Datenanalyse zum niederösterreichischen Wirtschaftsstandort aus dem Jahr 2023 (Studie 6.135.). In dieser Unternehmensbefragung wurde nach dem Entwicklungspotential bestimmter Branchen gefragt. Die Antworten können der folgenden Graphik entnommen werden.

Welche Bereiche haben Ihrer Meinung nach das größte Entwicklungspotenzial? (Mehrfachantworten möglich)



Quelle: IFDD, Befragung zum Wirtschaftsstandort 12.2023 (Studie 6.135.)

Unternehmertum und regionale Innovationskraft fördern

Die Landesstrategie sieht es in ihrem wirtschaftlichen Teil („wovon leben wir morgen?“) als ein wesentliches Anliegen, das Unternehmertum und die regionale Innovationskraft zu fördern. Dazu werden ein paar „Wege in die Zukunft“ aufgezeigt. Dabei wird mit der Zahl der Unternehmensgründungen auch ein quantitativer Zielwert vorgegeben: die **Anzahl der Unternehmensgründungen** soll bis 2030 auf 8.800 pro Jahr steigen. Wie aus dem von ECONOMICA und IHS erstellten jährlichem Strukturbericht für Niederösterreich 2023 (Studie 6.112.) hervorgeht, wurde dieses Ziel bereits im Jahr 2023 erreicht.¹

¹ Im Wirtschaftsbericht 2023 (Studie 6.113.) werden in einer engeren Abgrenzung auf S. 13ff niedrigere Werte genannt als dies in den hier dargestellten Zahlen der Fall ist. Demnach läge die Zahl der Unternehmensgründungen in Niederösterreich bei 6.874 – womit der Zielwert der Landesstrategie noch

Tabelle 8: Unternehmensneugründungen gesamt (näherungsweise* Schwerpunktzuordnung nach Sparten)

Sparten	2023		2022	
	NÖ	Ö	NÖ	Ö
Gewerbe u. Handwerk	4 191	19 015	4 080	18 831
Industrie	7	41	20	66
Handel	1 942	9 533	1 790	8 939
Bank u. Versicherung	0	1	0	1
Transport u. Verkehr	282	2 008	263	1 956
Tourismus u. Freizeitwirtschaft	418	2 954	397	2 685
Information u. Consulting	1 285	7 121	1 234	6 892
alle Sparten	8 125	40 673	7 784	39 370

Quelle: WKO 2024, *Daten 2023 vorläufig - näherungsweise Schwerpunktzuordnung der Neugründungen anhand von ähnlichen Berechtigungsstrukturen bereits bestehender Unternehmen mit bekanntem Tätigkeitsschwerpunkt.

Quelle: Strukturbericht für Niederösterreich 2023, S. 9

Wachstumsmotoren bei den Gründungen waren das Gewerbe und Handwerk, mit weitem Abstand gefolgt vom Handel sowie von der Sparte Information und Consulting. Diese Reihenfolge blieb über die beiden Beobachtungsjahre konstant. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gab es sowohl in Niederösterreich als auch auf Bundesebene nur in der Sparte Industrie einen Rückgang in der Neugründungsdynamik (-35 % bzw. -62 %).

Die Daten zeigen, dass das unternehmerische Klima in Niederösterreich trotz der insgesamt ungünstigen Wirtschaftslage positiv ist. Da der Zielwert der Landesstrategie schon 2023 erreicht wurde, ist bis zum Jahr 2030 mit einer deutlichen Übererfüllung des Ziels zu rechnen. Allerdings dürfte der Zielwert an sich nicht sehr ambitioniert gewesen sein.

In einer ökonomischen Betrachtungsweise macht es Sinn, den neu in den Markt eintretenden **Unternehmen** auch die Zahl jener Unternehmen gegenüberzustellen, **die den Markt verlassen haben**. Der Strukturbericht (Studie 6.112.) liefert auch diese Information durch eine Darstellung der Insolvenzstatistik.

nicht erreicht wäre. Allerdings ist die Landesstrategie nicht konkret genug, um abzuleiten, auf welche Abgrenzung bei dem Ziel 8.800 Bezug genommen wird.

Tabelle 14: Eröffnete Insolvenzen und geschätzte Passiva nach Bundesländern Sanierungsverfahren* zzgl. Konkurse

Bundesland	Fälle 2023	Fälle 2022	Veränderung	Passiva 2023 in Mio. EUR	Passiva 2022 in Mio. EUR
Wien	1 933	1 706	13,3%	12 056	686
Niederösterreich	1 032	951	8,5%	614	387
Burgenland	211	166	27,1%	42	110
Oberösterreich	573	524	9,4%	451	177
Salzburg	279	255	9,4%	119	89
Vorarlberg	123	106	16,0%	74	210
Tirol	323	302	7,0%	192	87
Steiermark	611	521	17,3%	336	404
Kärnten	295	244	20,9%	115	58
Gesamt	5 380	4 775	12,7%	13 999	2 208

Quelle: Kreditschutzverband, Insolvenzstatistik 2023. *Sanierungsverfahren mit und ohne Eigenverwaltung.

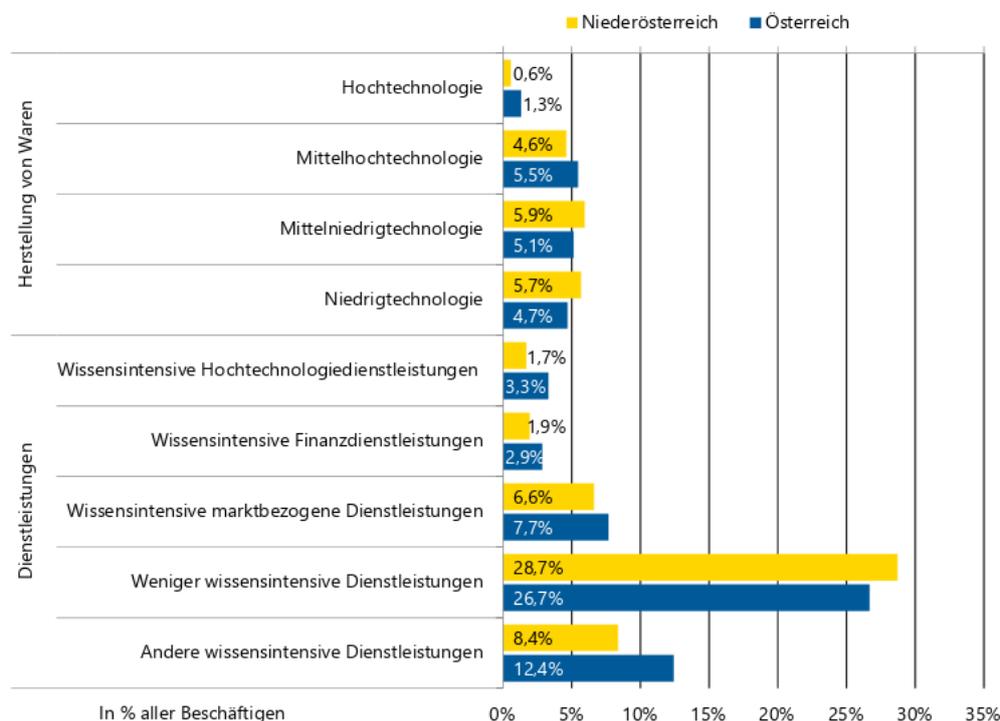
Quelle: Strukturbericht für Niederösterreich 2023, S. 14

Demnach wurden in Niederösterreich im Jahr 2023 etwas mehr als 1000 Insolvenzverfahren eröffnet, was einer Steigerung von 8,5% gegenüber dem Jahr 2022 gleichkommt. Die prozentuelle Veränderung ist im Vergleich zu den anderen Bundesländern besonders niedrig, nur Tirol kann noch eine niedrigere Wachstumsrate berichten. Insgesamt ist das Wachstum der Insolvenzen aufgrund der Rezession nicht verwunderlich – und ein Vergleich mit der Zahl der Unternehmensneugründungen ist deutlich positiv. Branchenmäßig ist die Zahl der Insolvenzen vor allem im Bau und bei den Handelsbetrieben am größten.

Abgesehen von der Thematik der Unternehmensneugründungen gibt der periodisch erscheinende Innovationsbericht einen guten Überblick über **Innovationsaktivitäten** in Niederösterreich. Allerdings liegen die entsprechenden Zahlen immer nur mit mehrjähriger Verzögerung vor. So bezieht sich ein Großteil der empirischen Evidenz des Innovationsberichts 2023 (Studie 6.116.) auf die Zeit vor Verabschiedung der Landesstrategie. Auf jüngere Entwicklungen wird deshalb erst in den Berichten der kommenden Jahre einzugehen sein.

Eine gute Ausgangsbasis für Vergleiche mit der Zukunft ist allerdings die Information über die Zahl der **Beschäftigten in innovationsorientierten Unternehmen** in Niederösterreich im Vergleich zur gesamtösterreichischen Situation:

Abbildung 16: Beschäftigungsanteil nach Technologiebereichen in Niederösterreich in 2023



Quelle: Innovationsbericht 2018 -2023 (Studie 6.116.), S. 34

Die Zahlen lassen erkennen, dass Niederösterreich bei Unternehmen, die in höheren Technologiebereichen tätig sind, einigen Aufholbedarf hat. Dies wäre zur Umsetzung der Landesstrategie von hoher Relevanz. Besonders wichtig sind die wissensintensiven Dienstleistungen, da bei der Herstellung von Waren nicht damit zu rechnen ist, dass Niederösterreich z.B. die hoch industrialisierten Bundesländer (Oberösterreich, Steiermark) einholen wird. Das Potential im Dienstleistungsbereich ist demgegenüber leichter zu heben.

Starke Landwirtschaft für Niederösterreich sichern

In der Politik des Landes Niederösterreich nimmt die Landwirtschaft stets eine wichtige Rolle ein. Dies kommt sowohl in der Landesstrategie als auch im Regierungsprogramm zum Ausdruck. Im Zentrum strategischer Überlegungen steht in beiden Dokumenten der Erhalt und der Ausbau des hohen **Selbstversorgungsgrads** der niederösterreichischen Landwirtschaft. (S.21) Dies wird auch als ein Beitrag zur Krisenvorsorge verstanden.

Es liegt nahe, auch die **Produktionsbedingungen** in der Landwirtschaft zum Gegenstand der Agrarpolitik zu machen. Auch diesbezüglich finden sich große Schnittmengen zwischen den Dokumenten. Besonders klar wird dies z.B. bei den Themenkreisen **Digitalisierung und Energieunabhängigkeit** der Landwirtschaft. (S. 21)

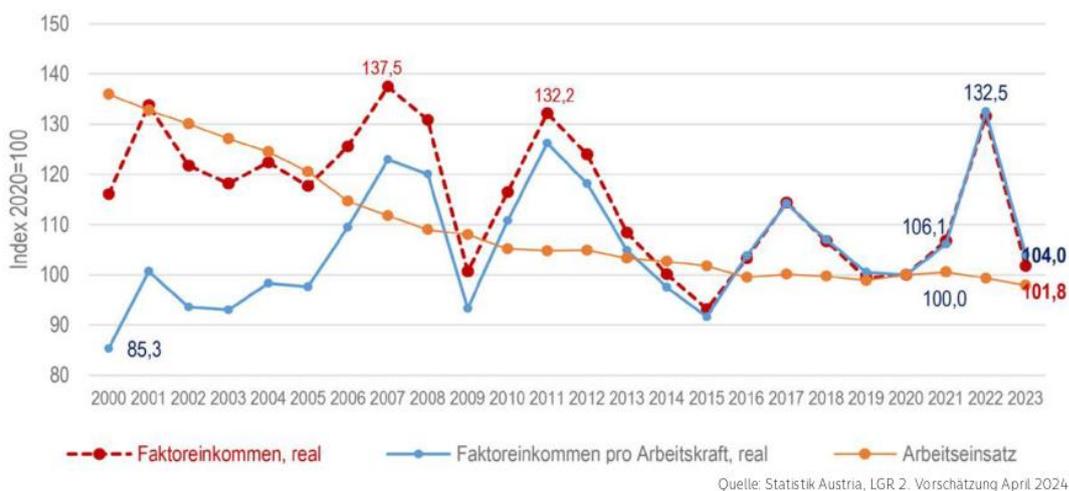
Anzumerken ist ferner die Betonung der **Bedeutung des Wassers** für die landwirtschaftliche Produktion sowie für die Haushalte, was entsprechende

Vorsorgemaßnahmen bedingt. Insbesondere ist dabei an die **Trinkwassersicherung** zu denken. Schließlich betonen beide Dokumente die Erweiterung und Fortentwicklung von Initiativen zur **Sicherung des Tierwohls**.

In der Landesstrategie wird rund um das Anliegen der Digitalisierung in der Landwirtschaft die Weiterbildung der Landwirte und Landwirtinnen als entscheidender Weg in die Zukunft definiert. Konkrete Ansatzpunkte, welche Schwerpunkte hier zu setzen wären, bietet die Studie der IMG Management Beratung (Studie 6.141.) zur „**Innovativen Agrartechnologie in Niederösterreich**“ aus dem Dezember 2022. Für diese Studie wurden verschiedene Einsatzbereiche der KI in der landwirtschaftlichen Produktion recherchiert. Darauf aufbauend werden Handlungsempfehlungen für die Einführung von Modellprojekten gegeben. Eine Weiterführung dieser Arbeit könnte in den nächsten Jahren konkrete Schritte zur Modernisierung der Landwirtschaft und zu einschlägigen Bildungsinitiativen geben.

Nach der Verabschiedung der Landesstrategie war auch die Landwirtschaft von der ungünstigen Konjunkturlage und den weltwirtschaftlichen Verwerfungen betroffen. Der Ukraine-Krieg, die Inflation im Allgemeinen und die stark gestiegenen Futter- und Energiekosten machten der Landwirtschaft stark zu schaffen. Dies konnte nur teilweise durch krisenbedingte Unterstützungen aufgefangen werden. So setzte sich der schon vorher volatile Entwicklungsverlauf der **Agrareinkommen** auch **2023** fort: Nachdem 2022 ein Zuwachs der Einkommen aus landwirtschaftlicher Tätigkeit verzeichnet werden konnte, folgte 2023 ein **erheblicher Rückgang**. Laut der zweiten Vorausschätzung der landwirtschaftlichen Gesamtrechnung verringerte sich das landwirtschaftliche Faktoreinkommen je Arbeitskraft 2023 real um 21,5 %, nach einem Anstieg um 24,8 % im Jahr zuvor. Für den Nettounternehmensgewinn je nicht entlohnter Arbeitskraft wurde ein reales Minus von 27,3 % ermittelt (2022: +30,1 %). (Quelle: Studie 5.4., Grüner Bericht, S. 29)

Entwicklung des landwirtschaftlichen Faktoreinkommens sowie des landwirtschaftlichen Arbeitseinsatzes



Der Grüne Bericht 2023

Quelle: Grüner Bericht, S. 30 (Studie 5.4.)

Dennoch konnte das in der Landesstrategie besonders betonte Ziel des hohen **Selbstversorgungsgrads** der niederösterreichischen Landwirtschaft gesichert werden.

Das österreichische Programm zur Förderung einer **umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft** (ÖPUL 2023) wird mit 1.1.2023 angeboten. Fast 22.000 landwirtschaftliche Betriebe haben im Jahr 2023 daran teilgenommen. Dabei wird eine Reihe von umweltrelevanten Zielen (z.B. Wasserbewirtschaftung) verfolgt, die auch in der Landesstrategie angesprochen sind. Der Bericht stellt auch unabhängig vom erwähnten Förderprogramm zahlreiche Aktivitäten bei der Wasserbewirtschaftung dar. (S. 53) Das gleiche gilt auch für den Wegebau. So wurden 2023 rund 133 km Güterwege unter Rücksichtnahme auf wirtschaftliche und ökologische Aspekte geplant, neu errichtet bzw. generalerneuert. (S. 53)

Andere Themen der Landesstrategie, wie z.B. die Verbesserung der Produktionsbedingungen durch Digitalisierung, werden im Grünen Bericht nur indirekt angesprochen. Es wäre vorteilhaft, bei der Erstellung künftiger Grüner Berichte entweder ein eigenes Kapitel der Umsetzung der Landesstrategie zu widmen oder den Konnex auf eine andere Art und Weise klarzulegen.

Niederösterreichs Internationalität und Export stärken

Die in der Landesstrategie zum Thema Internationalität angeführten Themen und Vorschläge finden sich größtenteils auch im Regierungsprogramm (S. 10). Dazu zählen etwa der Wille zur Stärkung der Fähigkeit der niederösterreichischen Unternehmen zu **Exportleistungen** (S. 32), sowie allgemein die Positionierung Niederösterreichs als **internationaler Wirtschafts-, Tourismus-, Wissenschafts- und Kulturstandort** (S. 27) – Themen, die in verschiedenen Subkapiteln der Landesstrategie betont werden.

Explizite Übereinstimmung gibt es auch beim Anliegen der direkten **Kooperationen mit Unternehmen in der (ausländischen) Nachbarschaft** Niederösterreichs, vor allem auch bei der Etablierung von „Innovationspartnerschaften“. Kooperationen dieser Art fördern nicht nur automatisch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sondern eröffnen auch einen sozialen und kulturellen Austausch über die Grenzen hinweg.

Die Landesstrategie will generell Niederösterreich als Exportland stärken, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf die Unterstützung von KMUs gelegt wird, die mit Nischenprodukten auf Exportmärkten unterstützt werden sollen. Der Strukturbericht für Niederösterreich 2023 belegt (Studie 6.112., S. 18), dass das **niederösterreichische Exportvolumen** im Jahr 2023 mit 30,01 Mrd. Euro leicht gegenüber dem Jahr 2022 gestiegen ist. Damals betrug das Exportvolumen 29,66 Mrd. Euro. Dies entspricht einem Anstieg von 1,2%, was niedriger als das gesamtösterreichische Exportwachstum (3%) war. Niederösterreich war mit einem Anteil von 15,0 % der Gesamtexporte Österreichs nach Oberösterreich (27%) und Wien (15,7 %) das Bundesland mit dem dritthöchsten Ausfuhrvolumen.

Bei den niederösterreichischen Exporten entfielen auf zwei **Branchen** mehr als 10% des Exportvolumens. Mehr als 3 Mrd. Euro betrug der Wert der Exporte in der Branche KN-2-Steller in den Gruppen 84 (Kernreaktoren, Kessel, Maschinen, mechanische Geräte...) und 27 (Brennstoffe, Mineralöle, etc.). Einen Überblick über alle Branchen liefert die folgende Tabelle 19.

Tabelle 19: Top-15 bedeutende Warengruppen in den Exporten Niederösterreichs (KN-2-Steller)

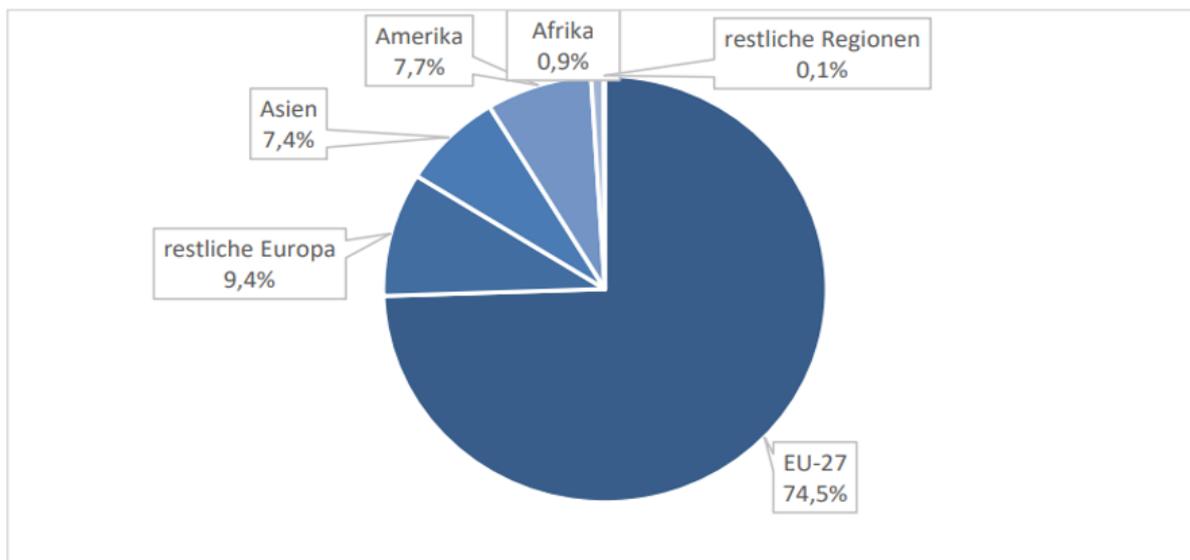
Industriewaren (KN-2-Steller)	2022 (in Mrd. Euro)	2023* (in Mrd. Euro)	Veränd. in %	Anteil in %
84 Kernreaktoren, Kessel, Maschinen, mech.Geräte; Teile davon	3,35	3,84	14,49	12,8
27 Mineral.Brennst., Mineralöle; Erzeugnisse, Destillate usw.	3,14	3,37	7,45	11,2
85 Elektr.Maschinen, elektrotechnische Waren;Teile davon	2,61	2,84	8,66	9,5
87 Zugmaschin., Kraftwagen, -räder,Fahrräder; Teile davon	2,02	2,32	14,79	7,7
73 Waren aus Eisen oder Stahl	1,80	1,64	-8,94	5,5
76 Aluminium und Waren daraus	1,70	1,63	-4,08	5,4
39 Kunststoffe und Waren daraus	1,79	1,57	-12,53	5,2
44 Holz und Holzwaren; Holzkohle	1,20	0,87	-27,30	2,9
30 Pharmazeutische Erzeugnisse	0,51	0,80	56,13	2,7
29 Organische chemische Erzeugnisse	0,68	0,58	-14,14	1,9
74 Kupfer und Waren daraus	0,59	0,55	-6,10	1,8
48 Papier und Pappe; Waren aus Papierhalbstoff, Papier/Pappe	0,72	0,52	-27,79	1,7
23 Rückstände, Abfälle d.Lebensmittelind.; zubereit.Futter	0,49	0,52	5,97	1,7
72 Eisen und Stahl	0,61	0,48	-20,75	1,6
04 Milch, Milcherzeugnisse; Vogeleier; natürlicher Honig usw.	0,40	0,45	13,45	1,5
Summe	21,61	21,98	1,72	73,3
Niederösterreich (gesamt)	29,54	30,01	1,59	100,0

Quelle: STATISTIK AUSTRIA. Erstellt am 15.07.2024. Finanzierung durch Landesregierungen und Wirtschaftskammerorganisation. - *) vorläufige Ergebnisse.

Quelle: Strukturbericht für Niederösterreich 2023, S. 21 (Studie 6.1.12.)

Es ist nicht überraschend, dass die niederösterreichischen Exporte vor allem in die EU-Länder gingen. Fast drei Viertel der Exporte wurden in die EU-27 Länder geliefert, ein Anteil, der 2023 gegenüber 2022 leicht gestiegen ist. Nähere Informationen über die **regionale Verteilung der Exporte** können der folgenden Abbildung 2 entnommen werden.

Abbildung 2: Niederösterreichs Exportmärkte 2023* (Anteile in %)



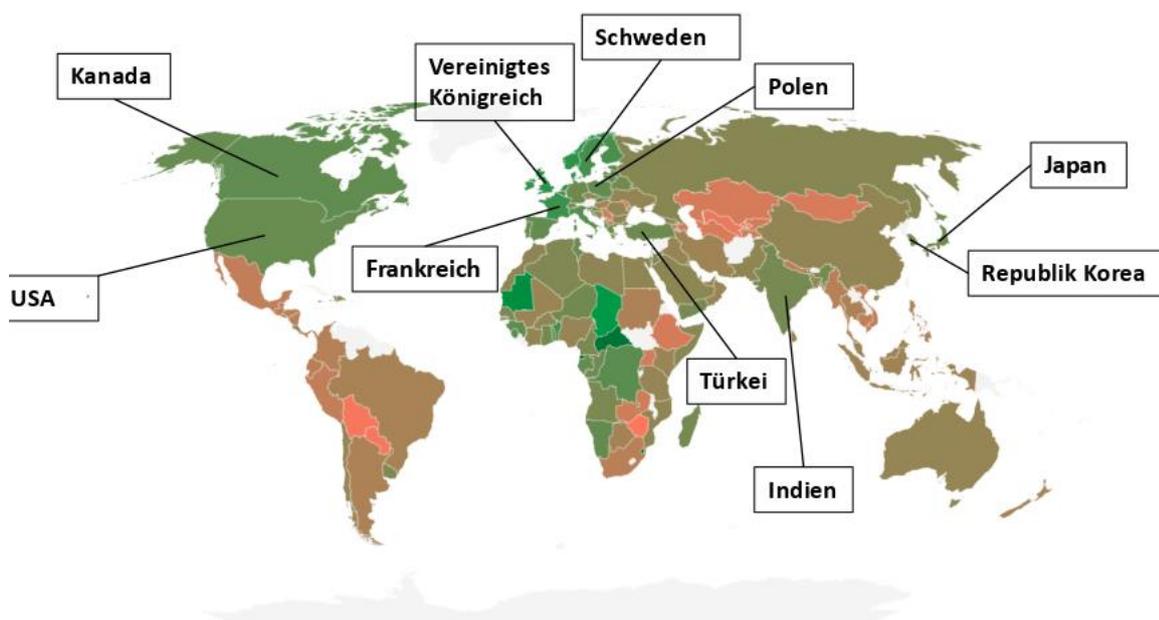
Quelle: STATISTIK AUSTRIA. Erstellt am 15.07.2024. Finanzierung durch Landesregierungen und Wirtschaftskammerorganisation. - *) vorläufige Ergebnisse.

Quelle: Strukturbericht für Niederösterreich 2023, S. 25 (Studie 6.1.12.)

Auf der Basis der Analyse der Ist-Situation können durch Modellrechnungen auch **Exportpotenziale** berechnet werden. Dies geschieht in der Exportanalyse des Instituts ECONOMICA (Studie 6.118.) für das Jahr 2025 wie folgt:

Exportpotenziale

Basierend auf Daten 2014-2019



Quelle: Economica

© Australian Bureau of Statistics, GeoNames, Geospatial Data Edit, Microsoft, Navinfo, OpenStreetMap, TomTom, Wikipedia

Quelle: Economica, Die Niederösterreichische Exportdynamik (Studie 6.118.), S. 9

Unsere blau-gelbe Zukunft bilden

Das Regierungsprogramm nennt im Bildungsbereich eine größere Zahl von konkreten Maßnahmen, die über die eher grundsätzlichen Überlegungen in der Landesstrategie hinausgehen. (S. 9) Gleichzeitig werden aber auch eine Reihe von Plänen angeführt, die direkt im Rahmen der Landesstrategie zum Thema gemacht werden. Dazu zählen insbesondere die stärkere **Vernetzung der Schulen** untereinander, aber auch mit Einrichtungen der Praxis, sowie Maßnahmen zur **Inklusion benachteiligter Kinder** im Bildungsbereich gestellt werden können, wie z.B. der Ausbau der Schulsozialarbeit oder die spezifische Förderung behinderter Kinder durch das Angebot eines freiwilligen 11. und 12. Schuljahrs. Auch die Notwendigkeit der **Weiterbildung** (lebenslanges Lernen) wird im Regierungsprogramm erwähnt. (S.7)

Wissen schaffen für Niederösterreich

Die Landesstrategie peilt eine Erhöhung des wirtschaftlichen Wirkungsgrads der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Niederösterreich an. Dazu werden der **Ausbau des Hochschulsektors** in Niederösterreich sowie die Forcierung der **Zusammenarbeit der Forschungseinrichtungen mit niederösterreichischen Unternehmen** als sinnvolle Maßnahmen genannt. Das Regierungsprogramm (S.33) konkretisiert diese allgemeinen Pläne durch wichtige Beispiele, wie z.B. den Ausbau und die Weiterentwicklung des ISTA Klosterneuburg oder die Schaffung eines Biotechcampus Hainburg. Die im Programm angeführte „Themenbörse“ für wissenschaftliche Arbeiten dient der Kooperation zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen.

Im Bereich Wissenschaft und Forschung konnte die Landesstrategie auf der bereits existierenden **FTI-Strategie 2027** des Landes aufsetzen. Diese beinhaltet nicht nur klare Ziele und ein konkretes Indikatorset zur Darstellung der Zielerreichung, sondern sieht auch ein periodisches Monitoring der Fortschritte bzw. Entwicklungen vor. Dadurch ist die Ausgangslage in diesem Bereich besonders klar dokumentiert, verfügt das Land doch über einen **Monitoring-Bericht 2022**, der die Datenlage meist bezogen auf das Jahr 2021 beschreibt. (Studie 4.20.) Das laufende Monitoring bezieht sich sowohl auf die strategische Ebene als auch auf die Programm- und Projektebene.

Die Ziele der FTI-Strategie 2027 sind mit den Schwerpunktsetzungen der Landesstrategie konsistent. Die Ziele und Indikatoren können in der folgenden Tabelle zusammengefasst werden (Studie 4.20., S. 14).

FTI-STRATEGIE NÖ 2027: ZIELE UND INDIKATOREN

F&E-Aktivitäten ausbauen	International herausragende Forschung forcieren	Wirtschaftsstandort und Innovation stärken	Wissenschaft und Gesellschaft enger zusammenführen
F&E-Arbeitsplätze ausbauen	Nutzung nationaler und internationaler Förderprogramme verbessern	Beschäftigung in Spitzentechnologie steigern	Gesellschaftliche Akzeptanz erhöhen
F&E-Beschäftigte (für F&E-Standort)	Höhe der eingeworbenen Drittmittel national/international: Anzahl bewilligter Projekte sowie Fördervolumen p.a.	Beschäftigte in Spitzentechnologiesektoren lt. OECD, Beispiele für die Ansiedelung forschender Unternehmen	Akzeptanz-Index laut Befragung
Forschungsquote erhöhen	Internationale Sichtbarkeit und Profilierung des Standorts steigern	Innovationskraft stärken	Nutzen für die regionale Bevölkerung stiften
Regionale Forschungsquoten in Prozent des BRP, Forschungsausgaben	Preise, Rankings, nach NÖ kommende Wissenschaftler:innen	Zahl der Patentanmeldungen, Spin-Offs, Innovatorenquote	Leuchtturmprojekte, die einen Nutzen für die regionale Bevölkerung stiften
Wissenschaftlichen Nachwuchs stärken	Qualität und Sichtbarkeit des Forschungsoutputs erhöhen	Vernetzung stimulieren	Wissenstransfer fördern
Betreute Dissertationen, Anzahl PhD-Programme und PhD-Studierende, Qualifikationsniveau der wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen	Publikationen in referierten Journalen	Forschungskooperationen zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen	Teilnahme an Vermittlungsmaßnahmen, Teilnahme an Citizen Science Projekten, Beispiele für Citizen-Science-Projekte

Quelle: FTI-Monitoring, Jahresbericht 2022 (Studie 4.20.), S.14

Da sich das Monitoring an diesen Indikatoren orientiert, wäre es für wichtige Themen der Landesstrategie (z.B. Internationalisierungsschub für Wissenschaft und Forschung in Niederösterreich, Forcierung der Teilnahme an Forschungs Kooperationen, etc.) möglich, die Entwicklungsschritte auch in den kommenden Jahresberichten darzustellen. Überdies wäre die Landesstrategie bei einer Neuformulierung der FTI-Strategie ab dem Jahr 2027 zu beachten.

Analoges gilt für den Hochschulbereich, dessen Ausbau in der Landesstrategie ausdrücklich vorgesehen wird. Auch hier greift die Landesstrategie wichtige Elemente der bestehenden **Hochschulstrategie Niederösterreich 2025** auf, zu der es ebenfalls ein **Monitoring** auf der strategischen Ebene und der Programmebene gibt. (Studie 4.21.)

Das in der folgenden Graphik dargestellte Gesamtkonzept der Hochschulstrategie zeigt, wie gut die Langfristpläne des Landes in diesem Bereich zusammenpassen. Denn die Hochschulstrategie illustriert, wie der Anspruch der Landesstrategie („Ausbau des Hochschulsektors“, „Forcierung der Kooperationen..... mit niederösterreichischen Unternehmen“) mit einem höheren Detaillierungsgrad zu planen ist. Dabei geht es nicht nur um den Ausbau der Studienangebote an sich, sondern auch um deren Internationalisierung sowie um eine Reihe von Maßnahmenbündeln, wie Bildung, Wirtschaft und Gesellschaft besser aufeinander abgestimmt werden können. Spezielle Aspekte dieser Thematik können auch aus empirischen Untersuchungen zu den Absolventinnen und Absolventen der Fachhochschulen gewonnen werden, wie sie in der Vergangenheit in beeindruckender Ausführlichkeit durchgeführt wurden. (Studie 4.22.)

Für die in den nächsten Jahren geplanten Dokumentationen der Umsetzung der Landesstrategie wird es wichtig sein, die Hochschulstrategie in Abstimmung mit der

Landesstrategie weiterzuschreiben und im Monitoring die erforderlichen Daten weiterhin bereit zu stellen.



Quelle: Hochschulmonitoring 2022 (Studie 4.21.), S. 13

FRAGE 3: WIE ORGANISIEREN WIR UNS MORGEN?

Starke Demokratie und Beteiligung im Land

Die Landesstrategie fokussiert sich im Themenfeld Demokratie auf die Bereiche politische Bildung und die Informations- bzw. Kommunikationskanäle zwischen den politischen Entscheidungsträger/innen und der Bevölkerung, vor allem auch zu politikfernen Gruppen.

Das Regierungsprogramm formuliert bezüglich dieser Anliegen keine spezifischen Vorhaben. In gewisser Weise wird die Thematik im Kapitel „Gemeinden“ des Regierungsprogramms aufgegriffen (S. 13). So dient etwas der konkrete Plan zur Einführung einer verpflichtenden **elektronischen Amtstafel** für wichtige Materien einer Verbesserung der bestehenden Kommunikationskanäle. Auch die intensive **Einbindung der Interessenvertretungen** bei Gesetzes- und Verordnungsentwürfen des Landes ist

als ein Beitrag zur Verbesserung der Kommunikationsstrukturen, diesmal zwischen Land und jenen Teilen der Bevölkerung, die in diesen Interessenvertretungen repräsentiert werden, zu sehen. Allerdings handelt es sich bei beiden Beispielen nur um Randbereiche der von der Landesstrategie stipulierten Anliegen.

Ein besonders interessantes Fallbeispiel für die Nutzung von Digitalisierung zur Verbesserung der Kommunikation zwischen (Gemeinde)bürgern ist die digitale Plattform LENIE (Studie 6.114., S. 20). LENIE steht für „Leben in Niederösterreich“ und ist eine kostenlose digitale Anwendung zum Organisieren und Ermöglichen von gemeinsamen lokalen Aktivitäten. Ziel von LENIE ist es, die **Bevölkerung stärker zu vernetzen** und möglichst viele Personengruppen in ein aktives Dorf- und Gemeindeleben einzubinden. Dies wurde im Jahr 2023 in fünf Pilotgemeinden in verschiedenen Teilen Niederösterreichs erfolgreich getestet. (6.114., S. 20) Aktivitäten dieser Art können als Umsetzung des Anliegens der Landesstrategie gesehen werden.

Blau-Gelbe digitale, dezentrale und bürgernahe Landesverwaltung

Zur Umsetzung einer digitalen, dezentralen und bürgernahen Landesverwaltung setzt die Landesstrategie vor allem auf verstärkte Digitalisierung. Dabei wird es explizit als wichtig angesehen, ein „menschliches Gesicht“ beim Bürgerkontakt zu wahren.

Dieser Ansatz der Landesstrategie findet auch im **Regierungsprogramm** einen starken Niederschlag (S.32), sodass mit mehreren Initiativen in diesem Bereich zu rechnen ist. Konkret werden im Programm „die Weiterführung des Bürokratieabbaus und der Deregulierung für Betriebe... und **serviceorientierte Behördenverfahren**“ angekündigt. Darüber hinaus soll „die **Digitalisierungsoffensive des Landes** mit einem starken Fokus auf Benutzerfreundlichkeit und Serviceorientierung weitergeführt werden.

Wie dem „Digi-Report 2023“ (Studie 6.114.) zu entnehmen ist, wurden im Jahr 2023 zahlreiche Initiativen gesetzt, um die Digitalisierung im Land voranzutreiben. Ein gutes Beispiel dafür ist die Etablierung des **landesinternen digiNet**. Jede Dienststelle der Landesverwaltung hat eine Digitalisierungsbeauftragte oder einen Digitalisierungsbeauftragten, die oder der Teil des digiNets ist und Digitalisierung in ihrer oder seiner Dienststelle aktiv und verantwortungsvoll mitgestaltet und weiterentwickelt. Dadurch sollen landesinterne Arbeitsprozesse einfacher, effizienter und serviceorientierter gestaltet werden. (S. 11)

Dem in der Landesstrategie enthaltenen Ziel einer „digitalen, dezentralen und bürgernahen Landesverwaltung“ dient ein im Oktober 2024 neu gestartetes Projekt mit dem Titel „**Aufgabenkritik in der Niederösterreichischen Landesverwaltung**“. Wenngleich auch dort die Möglichkeiten einer verstärkten Digitalisierung untersucht werden, ist die Anlage des Projekts viel weiter – geht es doch um eine vollständige Durchleuchtung der Verwaltung mit dem Ziel der Effizienzsteigerung. Als Ziele des Projekts sind definiert (Studie 1.20., S. 3):

- die Überprüfung *aller* Aufgaben und Arbeitsprozesse der NÖ Landesverwaltung auf ihre Notwendigkeit und Effizienz
- die Identifizierung und Initiierung von Einsparungs- und Optimierungsmöglichkeiten
- die Ausarbeitung von Handlungsempfehlungen an die NÖ Landesregierung bis Ende 2025

Mit einem derart breit aufgestellten – und auch professionell extern begleiteten - Projekt geht die niederösterreichische Landesverwaltung neue Wege. Dahinter steht die Einsicht, dass es im Alltag von Politik und Verwaltung oft darum geht, neue Aufgaben zu definieren und den verschiedenen Verwaltungseinheiten diese zur Erledigung zu übertragen. Dies ist zwar ein berechtigtes Vorgehen, allerdings enthält es keinerlei Anreize, bestehende Routinen zu hinterfragen und auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen. Die Folge dieser Asymmetrie ist ein stetiges Wachstum der Verwaltung, verbunden mit einer Steigerung des Bedarfs an Finanzen und Personal.

Die vom Projekt **erfassten Organisationseinheiten** decken mittels Vollerhebung der Aufgaben die in der Zentralverwaltung des Landes angesiedelten Abteilungen, die Bezirkshauptmannschaften, Straßenbauabteilungen, Gebietsbauämter, die NÖ Agrarbezirksbehörde, sowie das NÖ Feuerwehr- und Sicherheitszentrum ab. Mit einer anderen Methodik sind die Straßen- und Brückenmeistereien, sowie das Kindergartenwesen und die anderen Bildungseinrichtungen (einschließlich der Bildungsdirektion) abgedeckt.

Im Wesentlichen wird in drei Schritten vorgegangen (Studie 1.20., S. 10ff):

- Bestandsaufnahme: **vollständige Erfassung aktueller Aufgaben** mittels Erhebungsbogen (Zeitaufwand, Personal, Finanzmittel, Gesetzliche Grundlagen etc.)
- **Quick Wins**: Identifizierung und Umsetzung von Aufgaben zur raschen Einsparung/Reduzierung/Optimierung
- **Detaillierte Analyse**: 15 Einzelprojekte (11 Gruppen- und 4 BH-Projekte) für alle Aufgaben und Prozesse hinsichtlich Einsparungs- oder Effizienzsteigerungspotential

Die auf diese Weise gesammelten Informationen werden nicht nur der Landespolitik Hinweise auf eine mögliche Neudefinition von Aufgaben geben, sondern auch die Potentiale aufzeigen, wo z.B. mittels Digitalisierung **Prozesse effektiver und bürgernäher** gestaltet werden können, auch wenn Digitalisierung nicht immer zu Einsparungen führen muss. Damit wird eine langfristig wirkende Grundlage für die Modernisierung der Verwaltung und für die Umsetzung eines wichtigen Anliegens der Landesstrategie geschaffen.

Das mit der Erhebung verbundene Reformpotential ergibt sich aus der sehr genauen Beschreibung der von den einzelnen Dienststellen ausgeführten Tätigkeiten, wie sie in den Begleitdokumenten zur empirischen Erhebung verlangt wird (Studie 1.22.). So ist bei der Darstellung der Tätigkeiten die **Rechtsgrundlage** zu spezifizieren. Nicht nur, dass z.B. im Fall der mittelbaren Bundesverwaltung auch Anregungen für Reformen auf

der Bundesebene gegeben werden können; es geht auch darum, **Rückschlüsse auf die Legislative** im Land zu ziehen, wo also z.B. Landesgesetze oder Verordnungen unter Umständen Arbeiten nach sich ziehen, die bei Beschlussfassung gar nicht bedacht worden waren. Weiters wird auch die Grundlage für eine Wirkungsanalyse gelegt, weil die betroffenen Bediensteten nicht nur klarlegen müssen, wem die Tätigkeit dient, sondern auch welche Auswirkungen diese hat. Schließlich wird durch eine exakte Beschreibung des Ressourceneinsatzes auch die **Effektivität des Einsatzes budgetärer Mittel** erhoben, was eine wichtige Grundlage für Einsparungen im Landesbudget sein kann.

Einsparungen im Bereich der Verwaltung können hilfreich sein, ein Grunddilemma, das sich aufgrund der wirtschaftlichen Lage und der Situation der öffentlichen Budgets ergibt, aufzulösen: während es einerseits wichtig ist, alles zu tun, um die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren, bedarf das Land auch einer Reihe von Initiativen mit investivem Charakter. Es muss vermieden werden, lediglich auf Einsparpotentiale zu achten und die für das Land **notwendigen Investitionen in die Zukunft** außer Acht zu lassen. Effizienzsteigerungen können dazu beitragen, auch Mittel für Investitionen freizumachen.

Nachhaltige Raumplanung in Niederösterreich

Die Landesstrategie beschreibt zum Thema Raumordnung drei „Wege in die Zukunft“: den sparsamen und schonenden Umgang mit räumlichen Ressourcen, eine klimaverträgliche und nachhaltige Entwicklung von niederösterreichischen Wirtschaftsräumen und -systemen, sowie eine konsequente Weiterentwicklung der niederösterreichischen Baukultur.

Das Regierungsprogramm wählt eine andere Terminologie, deckt sich aber im Inhaltlichen in einigen wichtigen Teilen mit der Landesstrategie (S. 29). Dies betrifft zum einen die Stärkung der **Entwicklungsmöglichkeiten im ländlichen Raum**, die in beiden Dokumenten als wesentliches Anliegen formuliert ist. Zum anderen finden sich die klima- und umweltpolitischen Dimensionen der Raumordnung in der Betonung des **Ausbaus der erneuerbaren Energie** sowie in anderen energiepolitischen Schwerpunkten, z.B. der Biogas - Offensive. Schließlich betonen beide Dokumente, dass generell in den Siedlungen einer **Innenentwicklung vor der Außenentwicklung** der Vorzug zu geben ist.

Raumordnung und Raumplanung beruhen über weite Strecken auf Prognosen über Wanderungsströme und der Entwicklung der **räumlichen Bevölkerungsstruktur**. Diesbezüglich existieren meist in Abstimmung mit der „Planungsgemeinschaft Ost“ umfangreiche empirisch fundierte Analysen (Studie 8.65.), die allerdings nicht immer das gesamte Gebiet von Niederösterreich erfassen.²

Gemäß der Landesstrategie ist in der Raumordnung vor allem auf die **„klimaverträgliche und nachhaltige Entwicklung** von niederösterreichischen

² z.B. die Arbeiten zur „Stadtregion“, die sich auf Wien sowie 272 Gemeinden aus dem Burgenland und aus Niederösterreich beziehen, aber die nördlichen und nordwestlichsten Teile Niederösterreichs nicht zum Gegenstand haben.

Wirtschaftsräumen....“ zu achten. Um diesem Prinzip zu folgen kann auf den Vorarbeiten zum „**Climate Proofing**“ aufgebaut werden, für das es (in Absprache mit der gesamten österreichischen Ostregion) umfangreiche Vorarbeiten durch die Universität für Bodenkultur aus dem Jahr 2021 gibt. (Studie 8.63.)

Die Raumplanung kann sowohl in der Raumforschung als auch bei Planungsentscheidungen maßgeblich zu einer Prävention bzw. Minderung von Beeinträchtigungen aufgrund der Folgen des Klimawandels beitragen. Laut Climate Proofing ermöglichen **vier Maßnahmenbereiche** der Raumplanung und Raumordnung eine vorsorgende Beachtung von möglichen Klimawandelfolgen durch die Raumplanung und können erhöhte Risiken für Personen und Gebäude sowie anderwärtige Infrastruktur erheblich reduzieren: (Studie 8.63., S. 2)

- Vorsorgende Freihaltung von Flächen bzw. vorschauende Betrachtung deren Nutzungen
- Entsiegelung bzw. Vermeidung weiterer Versiegelung und Aufwertung der Versickerungsfähigkeit des Bodens
- Verstärkter Einsatz grüner und blauer Infrastruktur bzw. naturbasierter Maßnahmen
- Technische Maßnahmen und Objektschutz

Bei der Dokumentation der Umsetzung der Landesstrategie wird vor allem auf die Implementierung dieser Maßnahmenbereiche zu achten sein.

In der Landesstrategie wird überdies der **Reduzierung des Bodenverbrauchs (Flächeninanspruchnahme)** und der **Bodenversiegelung** ein hoher Stellenwert zugeschrieben. Wie aus einer Grundsatzstudie („Argumentarium“) des Österreichischen Instituts für Raumplanung (ÖIR) hervorgeht (Studie 8.64.), erschweren begriffliche Unklarheiten die Formulierung klarer Strategien in diesem Bereich. Im Rahmen der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) wurde in den Jahren 2021 bis 2023 ein Datenmodell zu **Erfassung von Flächeninanspruchnahme und Versiegelung** entwickelt. Dabei wurde auch eine zwischen Bund, Ländern, Städten und Gemeinden abgestimmte Begriffsdefinition vorgenommen. Klar ist allerdings (S.45), dass die Versiegelung und der Umgang mit den daraus resultierenden Folgen (z.B. städtische Hitzeinseln, Verhinderung der Versickerung von Regenwasser, etc.) vor allem ein **städtisches Thema** ist. Maßnahmen, um weitere Versiegelungen hintanzuhalten oder auch einzelne Flächen zu entsiegeln, haben im städtischen Raum eine besondere Bedeutung, um die unmittelbaren negativen Auswirkungen zu verringern.

In den **ländlicheren Regionen** ist vor allem die große versiegelte Fläche pro Einwohner/in die Herausforderung. Großflächige Versiegelungen führen zu höheren Abflussraten bei Starkregen. Hier gilt es vor allem, die Flächenversiegelung pro Kopf zu senken. In den kommenden Jahren wird es darum gehen, entsprechende Daten über die Entwicklung der Flächenverbräuche bereitzustellen.

FRAGE 4: WORAUF ACHTEN WIR MORGEN?

Ein Land für alle Generationen

Die Landesstrategie formuliert das ambitionierte Ziel, Niederösterreich zum Musterland des generationenübergreifenden Miteinander zu machen sowie den Anspruch des Landes, Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern in allen Lebenssituationen zur Seite zu stehen.

Das Regierungsprogramm äußert sich zum grundsätzlichen Verhältnis zwischen Generationen nicht explizit, wohl deshalb, weil ein solches soziales Element der Gesellschaftsstruktur nicht einfach durch politische Maßnahmen herstellbar ist. Gleichzeitig finden sich im Programm immer wieder Hinweise, dass die Regierungspartner das Anliegen der Landesstrategie teilen. Dies kann etwa in den Kapiteln zum **Wohnen** (z.B. Wohnraum für Jüngere Menschen, Hilfe im Notfall), zur **Pflege** (S.23) oder zur **Sicherheit** (S.24) nachvollzogen werden.

Gesundes Land Niederösterreich

In einem komplexen Feld wie dem Gesundheitswesen ist es bei der Formulierung einer langfristigen Strategie besonders wichtig, Grundprinzipien der Gesundheitspolitik zu formulieren und weniger konkrete Maßnahmen, z.B. betreffend bestimmte Standorte von Gesundheitseinrichtungen, darzustellen. In diesem Sinn beschäftigt sich die Landesstrategie mit generellen Maßnahmen zum Ausbau des Gesundheits- und Pflegeangebots, mit der Gesundheitsförderung und Prävention sowie mit der Sicherung der Gesundheit der jungen Generation.

Vor allem die ersten beiden Themenfelder werden im Regierungsprogramm aufgenommen (S. 15): Die Weiterentwicklung des **Masterplans Gesundheit** sowie der **Ausbau der Präventionsmedizin** durch die Weiterentwicklung eines niederösterreichischen Vorsorgekonzepts sind explizit im Programm erwähnt. Ferner wurde im Berichtszeitraum der Prozess zur Erarbeitung des neuen **Gesundheitsplans Niederösterreich** in Gang gesetzt bzw. intensiviert.

Darüber hinaus decken sich die beiden Dokumente noch in einem wichtigen prozeduralen Element des Gesundheitswesens: Das Regierungsprogramm legt die Implementierung digitaler Innovationen in der medizinischen Versorgung durch Erarbeitung einer **Digitalisierungsstrategie** und den Start einer Digitalisierungsoffensive fest. Dies deckt sich mit dem in der Landesstrategie ausgeführten Langfristvorhaben eines **Ausbaus der digitalen Medizin**.

Schließlich wird die in der Landesstrategie angesprochene Entwicklungslinie zum **Ausbau der mobilen sozialen Gesundheitsversorgung und -betreuung** im Kapitel Pflege der Landesstrategie (S. 23) explizit aufgegriffen. Das gleiche gilt auch für die Notwendigkeit einer verstärkten **Unterstützung der pflegenden Angehörigen**, zu der

sich die Regierung in ihrem Programm ausdrücklich bekennt. Der Umfang und die Finanzierung der mobilen sozialen Gesundheitsversorgung und -betreuung wird im jährlich erscheinenden **Niederösterreichischen Sozialbericht** dokumentiert. (zuletzt 2023, Studie 9.3., S. 70ff). Das gleiche gilt für die verschiedenen Formen der Pflegeleistungen (stationär, mobil, etc.) (Studie 9.3., S. 46ff)

Um die Entwicklungen im Bereich des Gesundheitswesens gut zu dokumentieren, ist ein umfangreiches Daten- bzw. Indikatorensystem nötig. Dieses liegt für den Beginn der Beobachtungsperiode (für die Jahre 2021 - 2022) durch die Erarbeitung eines umfangreichen **Gesundheitssatellitenkontos** durch das Institut ECONOMICA vor. (Studie 4.24.). Der Sinn eines solchen Kontos besteht darin, sich bei der Beschreibung der wirtschaftlichen Bedeutung des Gesundheitswesens nicht auf die direkten Produktionswerte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu beschränken, sondern auch die vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereiche in die Evaluation einzubeziehen. Gleichzeitig können auch die Inputfaktoren (z.B. das in den verschiedenen Bereichen tätige Personal) sowie Maßzahlen für die Versorgungsdichte mit verschiedenen Leistungen dokumentiert werden.

Damit bietet das Satellitenkonto Informationen über viele unmittelbar politisch relevante Dimensionen des Gesundheitswesens, auf die auch in der Landesstrategie Bezug genommen wird. Dazu zählen die Versorgungsdichte mit Pflegeeinrichtungen oder der Ausbau der mobilen Sozial- und Gesundheitsversorgung. Eine **periodische Wiederholung** der Erstellung eines Satellitenkontos würde eine ausgezeichnete Grundlage für eine Darstellung der von der Landesstrategie als relevant hervorgehobenen Aspekte des Gesundheitswesens ermöglichen. Die Bezugnahme auf die Landesstrategie wäre dann bei den gewählten Abgrenzungen im Satellitenkonto bereits zu beachten.

ABBILDUNG 3: DEFINITIONSRAHMEN DES NIEDERÖSTERREICHISCHEN GESUNDHEITSSATELLITENKONTOS



Quelle: Economica, Gesundheitssatellitenkonto Niederösterreich 2023, S.12. (Studie 4.24.)

Unsere Umwelt schützen und Energie sichern

Niederösterreich soll ein Vorreiter bei Umwelt- und Klimaschutz werden. Dieses ambitionierte Ziel prägt die Landesstrategie, wobei als Beispiele der Umsetzung verschiedene Initiativen zur **Kreislaufwirtschaft** genannt werden. Dies deckt sich mit dem Regierungsprogramm, das die „Stärkung der Kreislaufwirtschaft auf allen Ebenen“ als eine explizite Maßnahme der Landesregierung nennt. (S. 29)

Weiters findet sich beim Themenkreis der **Stärkung der Versorgungssicherheit mit Energie** durch einen kontinuierlichen Ausbau von **Photovoltaik, Windkraft und Biomasse** eine weitgehende Identität zwischen beiden Dokumenten. Genau dies ist auch im Regierungsprogramm (S. 29) festgelegt, wobei das Programm für die Erreichung dieses Ziels noch eine Reihe von konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Ausbau festlegt.

Der Status der Umwelt- und Klimapolitik ist in Niederösterreich durch den Umwelt-, Energie- und Klimabericht 2022 gut belegt. (Studie 8.42.) Das **Niederösterreichische Klima- und Energieprogramm 2030** basiert auf drei zentralen Zielen: der Reduktion der Treibhausgase, der Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energie und der Verbesserung der Anpassung an die negativen Auswirkungen des Klimawandels. Insofern ist die Landesstrategie gut in das spezifische Programm eingebettet. Der in Studie 8.42. dargestellte Katalog von **konkreten quantitativen Indikatoren** könnte in den kommenden Jahren als Referenz für die Dokumentation der Verwirklichung der Landesstrategie verwendet werden.

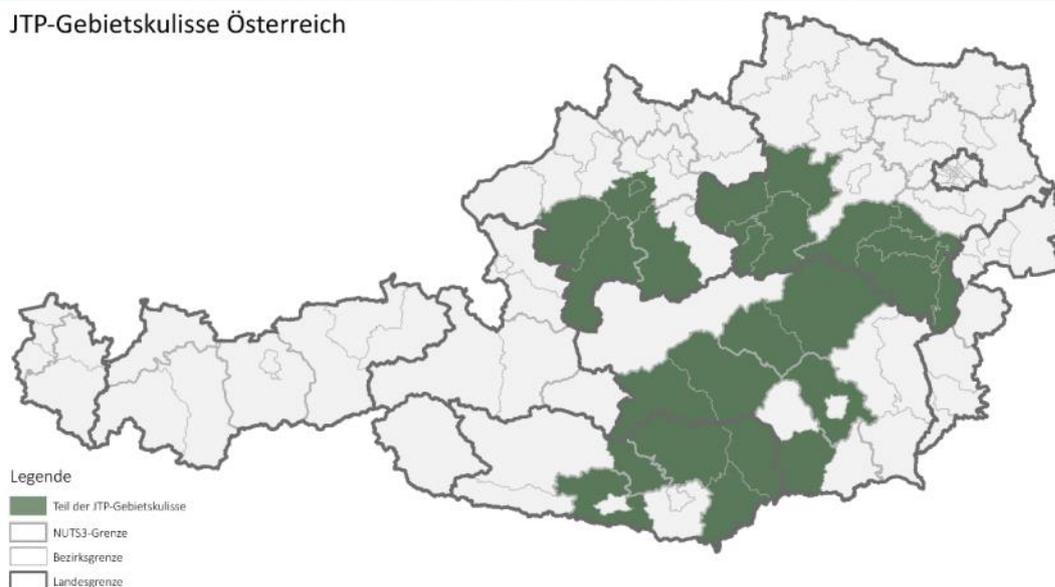
Bei der Verabschiedung der Landesstrategie konnte auf bereits seit dem Jahr 2021 bestehende EU-kofinanzierte Programme zur grünen Transformation Bezug genommen werden. Ein gutes Beispiel dafür ist der „**Territoriale Plan für einen gerechten Übergang Österreich 2021–2027**“ (Studie 1.28.). Dieser gehört zum Fonds für einen gerechten Übergang (Just Transition Fund/JTF) und ist ein Instrument der EU-Kohäsionspolitik 2021–2027. Der Fonds bildet die erste von drei Säulen des Mechanismus für einen gerechten Übergang (Just Transition Mechanism/JTM) im Rahmen des **europäischen Grünen Deals** und verfolgt das Ziel, die Klimaneutralität der EU bis 2050 zu erreichen. Dazu sollte in Regionen, die am stärksten vom Übergang in eine klimaneutrale Wirtschaft betroffen sind, ein nachhaltiger Strukturwandel in Richtung Klimaneutralität unterstützt und vorangetrieben werden. Damit wird ein Beitrag geleistet, die Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Wirtschaft und somit Beschäftigung zu erhalten bzw. neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Österreich erhielt nach diesem Programm rund 135 Mio Euro.

Die EU-Kommission hat im Juli 2022 einen territorialen Plan für Österreich genehmigt, der auch eine Reihe von niederösterreichischen Regionen als Förderregionen definiert. Auf S. 16ff des Plans (Studie 1.28.) werden eine Reihe von Vorhaben definiert, die aus Mitteln des Programms finanziell ermöglicht werden sollten. Dies ist auch über weitere Strecken geschehen und hat die Transformation der niederösterreichischen Wirtschaft unterstützt. Dabei wurde auf bestehende Planungsdokumente des Landes

Niederösterreich Bezug genommen.³ Im Ergebnis wurden die in Abbildung 2 dargestellten Regionen im Süden und Südwesten Niederösterreichs in den Plan aufgenommen. Eine Wirksamkeitsanalyse dieser Förderungen wird in künftigen Jahresberichten zu leisten sein, wobei eine ein-eindeutige Zuordnung zur (später entstandenen) Landesstrategie nicht möglich ist.

Abb. 2: Identifizierte THG-intensive Regionen für die JTP-Gebietskulisse

JTP-Gebietskulisse Österreich

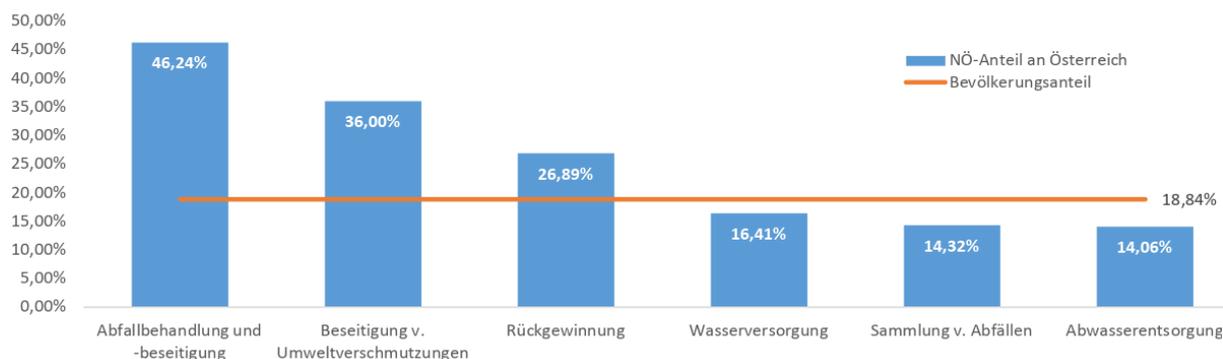


Quelle: Territorialer Plan für einen gerechten Übergang Österreich 2021–2027 (Studie 1.28.) S. 25

Die Landesstrategie im engeren Sinn formuliert eine Reihe von spezifischen Schwerpunkten im Dienst der Umweltpolitik. Dazu gehört auch die Förderung der Kreislaufwirtschaft. Die Ausgangsbedingungen für ein starkes **Engagement Niederösterreichs** in der **Kreislaufwirtschaft** sind dabei günstig. Wie ECONOMICA in der Studie 6.128. („Wertschöpfungs- und Arbeitsplatzpotenziale von Kreislaufwirtschaft und Bioökonomie in Niederösterreich“) zeigt, produziert Niederösterreich einen wesentlich höheren Anteil der gesamtösterreichischen Wertschöpfung in den Bereichen „Abfallbehandlung und -beseitigung“, „Beseitigung von Umweltverschmutzungen“ und „Rückgewinnung“ als es dem Bevölkerungsanteil in Österreich entsprechen würde. Ein Ausbau der diesbezüglichen Aktivitäten sollte daher möglich sein.

³ Konkret ging es um die Wirtschaftsstrategie NÖ 2025, die FTI-Strategie NÖ 2027, die NÖ ESF+ Arbeitsmarktstrategie 2021–2027, sowie den NÖ Klima- und Energiefahrplan 2020 bis 2030

Niederösterreichs Anteil an der Bruttowertschöpfung in Österreich
nach ÖNACE-Wirtschaftsklasse 2021



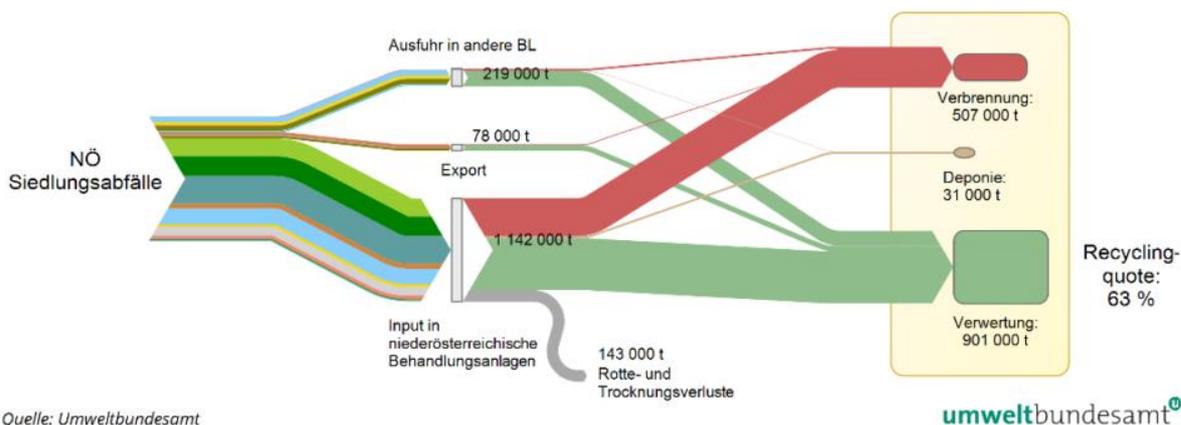
economica.eu

Kreislaufwirtschaft und Bioökonomie

Quelle: ECONOMICA, Wertschöpfungs- und Arbeitsplatzpotenziale von Kreislaufwirtschaft und Bioökonomie in Niederösterreich (Studie 6.128.), S. 11

Für Teilbereiche (Siedlungsabfälle) existieren auch gute Daten zur Struktur der Abfälle und zu den **Recycling Quoten**. (Studie 8.51.) Daraus lassen sich mit einer Quote von 63% beachtliche Volumina des Recycling nachweisen. Dies ist auch im Datenband des Abfallwirtschaftsplans 2024 (Studie 8.55., S. 90) im Detail dargestellt.

Behandlungswege des NÖ Siedlungsabfallaufkommens



Quelle: A. Bernhardt, et.al., Detailauswertungen aus dem EDM für den Niederösterreichischen Abfallwirtschaftsplan, Umweltbundesamt, Wien 2023, (Studie 8.51.), S. 49

Die bisherigen konkreten Schritte Niederösterreichs auf dem Weg in eine „grüne Transformation“ in Wirtschaft und Gesellschaft wurden im Februar 2023 vom **Institut für Industrielle Ökologie** dokumentiert (Studie 6.120.), wenngleich der Berichtszeitraum größtenteils vor der Verabschiedung der Landesstrategie liegt. Das Dokument eignet sich aber gut zur Darstellung der Ausgangssituation für die kommenden Jahre.

Der (Ende 2022) aktuelle Bestand von Initiativen im Dienst der grünen Transformation wird anhand der Zahl der laufenden Aktivitäten und hinsichtlich ihres jeweiligen Umsetzungsstatus in den folgenden Graphiken beschrieben. Insgesamt wurden knapp 120 Kern-Aktivitäten (oft bestehend aus vielen einzelnen Maßnahmen) identifiziert. Die größte Zahl an Aktivitäten wurde im Bereich „**Materialeffizienz/Recycling/Re-use**“ identifiziert, wobei die Aktivitäten relativ ausgeglichen hinsichtlich der Bedeutung bzw. Maßgeblichkeit verteilt sind. Dort wurden auch die meisten geplanten Aktivitäten bereits umgesetzt. Dieser empirisch festgestellte Schwerpunkt deckt sich mit dem von der Landesstrategie explizit genannten Anliegen, vor allem der **Kreislaufwirtschaft** besonderes Gewicht zu geben.

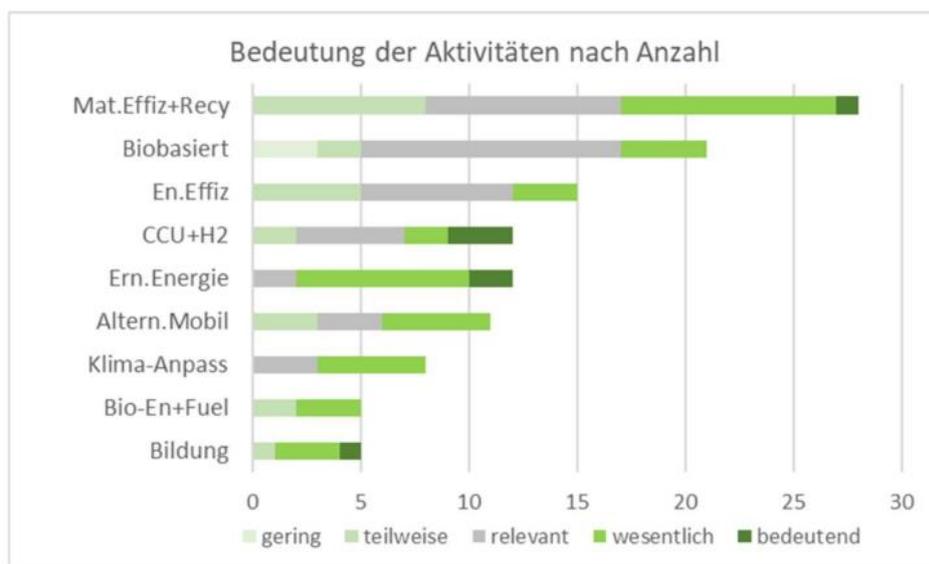


Abbildung 2: Aktivitäten in NÖ nach ausgewählten Themenbereichen der grünen Transformation sowie ihrer Bedeutung

Quelle: Institut für industrielle Ökologie, Grüne Transformation in NÖ – „Wo ist Nachhaltigkeit bereits ein Geschäftsmodell“ (Studie 6.120.), S. 4

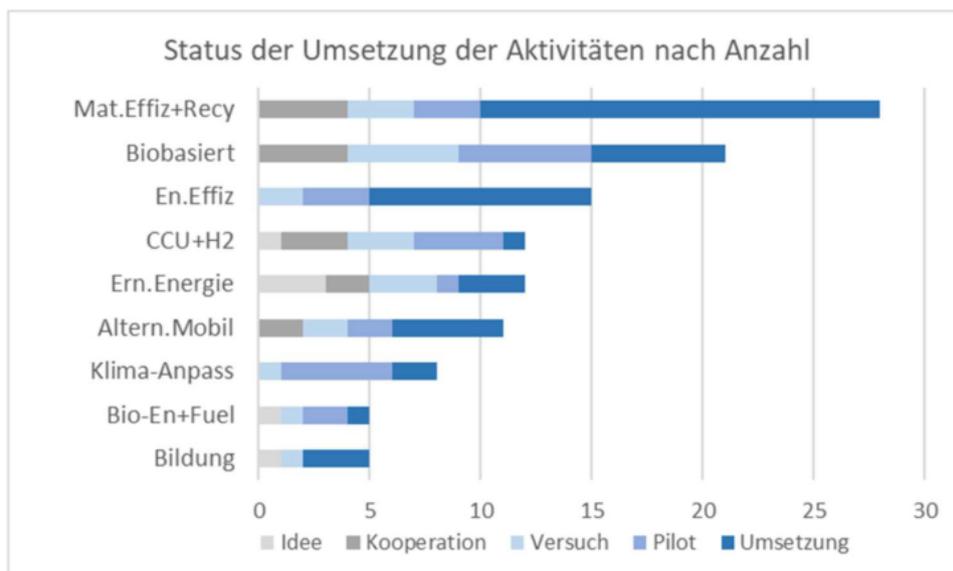


Abbildung 3: Aktivitäten in NÖ nach ausgewählten Themenbereichen der grünen Transformation sowie ihrem Status der Umsetzung

Quelle: Institut für industrielle Ökologie, Grüne Transformation in NÖ – „Wo ist Nachhaltigkeit bereits ein Geschäftsmodell“ (Studie 6.120.), S. 4

Studie 6.120. zeigt auch die Ausgangssituation im Bereich der **nachhaltigen Energieversorgung in Niederösterreich**, auf die in der Landesstrategie ebenfalls viel Wert gelegt wird: „Vier Laufwasserkraftwerke bilden das Rückgrat der niederösterreichischen Stromversorgung. Weitere über 560 kleinere Wasserkraftwerke sind über das ganze Bundesland verteilt. Sie erzeugen insgesamt über 7 TWh an sauberer Energie für Haushalte und Industrie. Damit liefert Niederösterreich die zweitgrößte Strommenge aus Wasserkraft für die österreichische Stromversorgung. Windenergie ist eine weitere wesentliche Säule, 735 Windräder versorgen bereits über 1 Million Haushalte mit über 4 TWh an Strom. Mehr als ein Viertel des gesamten Strombedarfs von NÖ wird bereits durch Windenergie abgedeckt. Einen weiteren, sehr individuellen Beitrag zu umweltfreundlichem Strom liefern Photovoltaikanlagen, 2021 gab es bereits 58.092 in NÖ, sie steuern knapp 0,7 TWh zur Stromversorgung bei.“ (S. 22)

Ein spezieller Anwendungsbereich ist die Analyse der **Biomethanpotenziale aus Reststoffen** in Niederösterreich. Eine einschlägige Sondierungsstudie des Instituts für Industrielle Ökologie aus dem Jahr 2022 (Studie 6.140.) belegt in diesem Bereich ein hohes bisher ungenutztes Potential. Demnach deckt die aktuelle Biomethaneinspeisung nur einen sehr geringen Anteil des Endverbrauchs von Erdgas in Niederösterreich ab. Kurzfristig kann dieser Anteil durch Umstellung bestehender verstromender Anlagen auf Biomethaneinspeisung auf etwa 3% des energetischen Endverbrauch angehoben werden. Regionale Hotspots zur kurzfristigen Umsetzung dieses Potenzials liegen insbesondere in den Bezirken Hollabrunn, Horn, Korneuburg, Gänserndorf und Bruck an der Leitha. Die folgende Abbildung 9 stellt die aggregierten Ergebnisse dieser Studie dar.

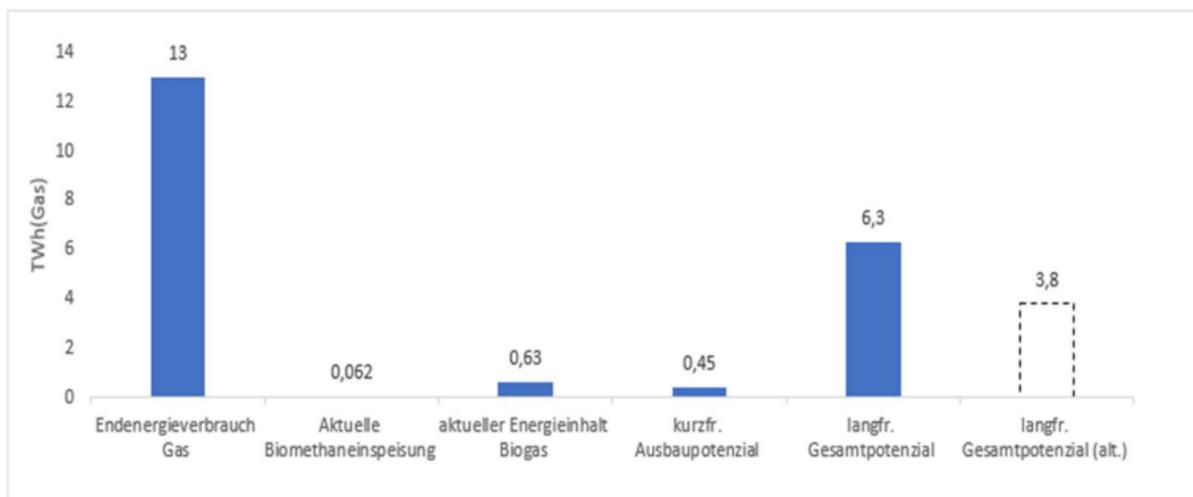


Abbildung 9: Aggregierte Darstellung der Ergebnisse der vorliegenden Studie in Relation zum Energetischen Endverbrauch von Erdgas in Niederösterreich

Quelle: Institut für industrielle Ökologie, a.a.O. (Studie 6.140.), S. 17

Im Herbst 2023 wurde ebenfalls vom Institut für Industrielle Ökologie eine weitere Potenzialschätzung für Biomethan vorgelegt. (Studie 8.45.) Tabelle 28 zeigt das **realisierbare Biomethanpotenzial**, welches im Rahmen dieser Arbeit erhoben wurde, und die Bedeutung dieses Potenzials für die niederösterreichische Grün-Gas-Quote bei voller Ausschöpfung der Potenziale. Insgesamt liegt das erhobene Biomethanpotenzial zwischen 3,71 und 4,02 GWh. Etwa 73 % des erhobenen Potenzials stammt aus der Landwirtschaft, die weiteren 27 % stammen aus biogenen Reststoffen aus Kommunen und Gewerbe.

Tabelle 28: Zusammenfassung des realisierbaren Potenzials nach Substratkategorien⁷

Substratkategorie	Realis. Potenzial [TWh / a]	Potenz. Beitrag zur Grün-Gas-Quote NÖ	Substratmengen [t/a]
Pflanzl. agrar. Reststoffe	1,38 - 1,51	10,4 - 11,4 %	1 171 000
Wirtschaftsdünger	1,34 - 1,44	10,1 - 10,9 %	1 129 000
Kommunaler Biomüll	0,34 - 0,37	2,6-2,8 %	222 100
Grünschnitt	0,24 - 0,26	1,8 -2,0 %	242 700
Lebensmittelabfälle	0,29 - 0,31	2,2 - 2,3 %	150 000
Klärschlamm	0,12 - 0,13	0,9 - 1,0 %	44 500
Summe	3,71 - 4,02	28,0 - 30,3 %	2 959 300

Quelle: A. Windsperger, et.al. Umsetzungsmöglichkeiten von nachhaltigem Biomethan in NÖ, Institut für Industrielle Ökologie, Oktober 2023 (Studie 8.45.), S. 46

Ein weiteres Anwendungsgebiet zur Kreislaufwirtschaft ist das **Textilrecycling**. Wichtige Vorarbeiten zur Verstärkung der Umsetzung in Niederösterreich wurden durch die Studie von ACCILIUM (Plattform für Bioökonomie) über „Analyse Geschäftsmodelle im Textilrecycling“ geliefert. (Studie 6.144. – ohne Datum) Zwar führen technologische Trends dazu, dass es einfacher wird, Textilien zu sammeln und zu trennen. Initiativen im Bereich Künstliche Intelligenz und Digitalisierung erleichtern den Aufbau und die Umsetzung einer Kreislaufwirtschaft. Nichtsdestotrotz steht das Thema Textilrecycling nach wie vor vor vielen Herausforderungen. Vor allem im Bereich Sammlung, Sortierung und Recycling gibt es noch Hindernisse. Auch die Kostenintensität entlang der Wertschöpfungskette ist noch eine große Herausforderung. Um Fortschritte zu erzielen, empfehlen die Studienautorinnen die Abhaltung eines Stakeholder Workshops und die Entwicklung einer **gesamtösterreichischen Textilrecycling Initiative** analog der PET2PET Anlage für das Recycling von Flaschen in Müllendorf (Burgenland). In einer solchen Initiative könnte auch die Sinnhaftigkeit von öffentlichen Förderungen überprüft werden. Der Bereich könnte sich in den nächsten Jahren als ein wichtiges Feld für die Umsetzung der Landesstrategie entwickeln.

Schließlich ist auf die verschiedenen Aktivitäten zum **sorgsamem Umgang mit Wasser** und zur **Stärkung des natürlichen Wasserhaushalts** hinzuweisen. Dazu zählen insbesondere Projekte zur Vermeidung oder zum Rückbau von Überhitzung durch Bodenversiegelung, zum Einsatz von Bepflanzung, Beschattung und Verdunstung und zur Erhöhung des Wasserrückhalts durch Entsiegelung von Flächen. (Studie 6.120., S. 28)

Gemeinsam Sicherheit im Land schaffen

Sicherheitsprobleme werden für die niederösterreichische Bevölkerung zu einer zunehmenden Herausforderung. Die Landesstrategie greift diese Problemlage auf und konzentriert sich dabei auf die Vorbereitung für Krisenfälle, auf Vorkehrungen in der Infrastruktur und auf die Cyber Security. Auch in diesem Themenbereich greift das Regierungsprogramm die Anliegen der Landesstrategie über weite Strecken auf. (S. 24) So finden sich dort das Vorhaben, für jede Gemeinde einen **Katastrophenschutzplan** zu erarbeiten, der Erhalt und die Verbesserung der regionalen **Polizeiinfrastruktur** oder der Fokus auf **Cyber Security** im Haus der Digitalisierung.

Das Anliegen des **Hochwasserschutzes** ist unter die Thematik der Katastrophenvorsorge bzw. des Infrastrukturausbaus zu subsumieren. In diesem Zusammenhang ist auf die rasche und effektive Auszahlung von Unterstützungsleistungen nach dem Hochwasser 2024 zu verweisen.

FRAGE 5: WER WOLLEN WIR MORGEN SEIN?

Niederösterreich für alle

In der Landesstrategie werden die Fairness für Frauen und die Förderung der Menschen mit Beeinträchtigung als wichtige „Wege in die Zukunft“ dargestellt.

Hinsichtlich der Lage der Frauen konzentriert sich das Regierungsprogramm auf den Schwerpunkt des **Gewaltschutzes** und auf einen Ausbau von Plätzen in **Frauenhäusern** und **Frauen- und Mädchenberatungsstellen**. (S.11) Generelle Maßnahmen im Sinne einer Gleichstellung von Frauen (z.B. in der Arbeitswelt) werden nicht erwähnt.

Die **Förderung von Menschen mit Beeinträchtigung** findet sich in mehreren Kapiteln bzw. Themenbereichen des Regierungsprogramms. Dies gilt z.B. für die Bereiche Arbeit (S. 7) (Weiterbildung für benachteiligte Jugendliche, Behindertenwerkstätten), Bildung (S. 9) (mehrere Maßnahmen vgl. Kapitel Frage 2) oder Pflege (S.23) (z.B. betreutes Wohnen)

Land mit Geschichte und Zukunft

Die Förderung der Identität des Landes und die Weiterentwicklung eines Niederösterreich-Bewusstseins nimmt in der Landesstrategie eine wichtige Rolle ein. Dieses Anliegen wird im Regierungsprogramm vor allem im Kapitel Kultur widerspiegelt. (S.18) So wird dort auf vielfache Weise auf den positiven Effekt von **Ausstellungen**, anderer **Kulturveranstaltungen**, sowie auf den identitätsstiftenden Charakter der **heimischen Orchester** verwiesen und eine entsprechende Unterstützung angekündigt.

Kultur im Land (er)leben

Die Landesstrategie betont die Notwendigkeit, weitere Zugänge zum niederösterreichischen Kunst- und Kulturangebot zu erschließen (auch zum zeitgenössischen Kulturschaffen) bzw. diese zu fördern. Das Regierungsprogramm fokussiert im Kapitel Kultur (S.18) eher auf die bestehenden Kultureinrichtungen und greift darüber hinaus das spezielle Thema der jüdischen Gemeinschaft in Niederösterreich auf.

Weitgehende Übereinstimmung zwischen beiden Dokumenten gibt es beim Zugang, Kultur als ein wichtiges Element des **Tourismuslandes Niederösterreich** zu verstehen. (S.27) Den von der Landesstrategie angeregten Zusammenhang zwischen Kulturangeboten und Nachhaltigkeit greift das Regierungsprogramm nicht auf.

Der Zusammenhang zwischen kulturellen Ereignissen, der Stärkung des Tourismus sowie allgemein der Regionalentwicklung wurde schon vor Verabschiedung der Landesstrategie durch eine ausführliche Impact-Analyse der **Niederösterreichischen Landesausstellungen** durch das Institut ECONOMICA (Studie 4.18.) dokumentiert. Landesausstellungen sind demnach nicht nur eine Bereicherung für Besucherinnen und Besucher, sondern leisten einen wesentlichen Impuls für die Regionalentwicklung - sowohl durch Investitionen oder Steigerung der Bekanntheit als auch durch strukturelle Veränderungen der Region. Kurzfristig zeigen sich im Jahr der Landesausstellung Beschäftigungszuwächse in Gastronomie und Beherbergung (Tourismus) sowie im Kultur- und Freizeitbereich. Diese Effekte gelten für die Ausstellungsgemeinde ebenso

wie für die gesamte Ausstellungsregion. Zudem zeigt sich ein erhöhtes Interesse an den Gemeinden, insbesondere für Gemeinden des ländlichen Raums. (Studie 4.18., S. 7)

Dennoch ist die Einordnung der Landesstrategien in eine umfassende Kulturpolitik nicht eindeutig. Es wäre daher sinnvoll, in den nächsten Jahren das Konzept dieses wichtigen Ereignisses hinsichtlich seiner Funktionalität für die Ziele der Landesstrategie zu überprüfen.

Mit Europa in die Zukunft Niederösterreichs

Das Regierungsprogramm sieht Europa als Garant für Sicherheit und Wohlstand in Niederösterreich und betont die Chancen, um Wachstum und Entwicklung in Niederösterreich voranzutreiben. (S.10) Es will Niederösterreich als **internationalen Wirtschafts-, Tourismus-, Wissenschafts- und Kulturstandort** positionieren. Dieser Zugang deckt sich mit dem Verständnis der Landesstrategie.

Die Landesstrategie regt in diesem Zusammenhang verschiedene Formen der Zusammenarbeit mit europäischen Regionen und der Teilhabe an europäischen Initiativen (z. Schüleraustausch, Europa-Gemeinderätinnen) an. Das Regierungsprogramm setzt diesbezüglich keine besonderen Schwerpunkte, forciert aber explizit **Partnerschaften mit anderen europäischen Regionen** im Bereich von **Wirtschaft** und **Forschung**.

ZUSAMMENFASSENDE EINSCHÄTZUNG

Zu den von der Landesstrategie angeschnittenen Themenbereichen gibt es im Land (bzw. in der Landesverwaltung) umfangreiche empirische Evidenz, aber auch intensive Bearbeitungen in politischen Zieldokumenten. Der vorliegende erste Jahresbericht zur Dokumentation der Umsetzung der Landesstrategie konnte daher auf einer großen Zahl von einschlägigen Dokumenten aufbauen. In der Gesamtschau der einzelnen Unterlagen ergibt sich folgendes zusammenfassendes Bild:

- Da die Landesstrategie erst vor relativ kurzer Zeit vorgestellt wurde und danach ein Wechsel in der Zusammensetzung der Landesregierung stattgefunden hat, war es naheliegend, der Umsetzung der Landesstrategie zunächst in den aktuell geltenden **Zieldokumenten des Landes**, vor allem auch der neuen Landesregierung, nachzugehen. Dabei zeigt sich in vielen Aspekten eine **Konsistenz** zwischen **Regierungsprogramm** und **Landesstrategie**, wenngleich die Schwerpunkte nicht immer ident sind. Daher ist zu erwarten, dass die Landesstrategie auch der neuen Regierung als Orientierung dienen wird. Ob das auch für Themenbereiche gelten wird, die in der Landesstrategie angeschnitten, im Regierungsprogramm aber nicht oder nur kaum angesprochen werden (z.B. Nahversorgung, Demokratiepoltik, Verhältnis zwischen Generationen, manche Aspekte der Kultur- und Gleichstellungspolitik) ist noch offen.

- Abgesehen vom Regierungsprogramm existieren in mehreren **Teilbereichen** der Landesstrategie ausführliche **Pläne bzw. Zieldokumente**, die die Anliegen der Landesstrategie wesentlich konkreter fassen bzw. beschreiben und inhaltlich meist über die Landesstrategie hinausgehen. (z.B. FTI-Strategie 2027, Hochschulstrategie 2025, Klima- und Energieprogramm 2030, Digitalisierungsstrategie, Mobilitätspaket 2023 -2027) Die meisten dieser Dokumente sind schon vor der Landesstrategie entstanden – die Landesstrategie hat sie gut aufgegriffen. Allerdings weicht der Zeithorizont, auf den sich die Pläne beziehen, meist von jenem der Landesstrategie ab. In der Zukunft wird es daher sinnvoll sein, auf die **Abstimmung der Dokumente** zu achten.
- Viele Dimensionen der Landesstrategie sind in Dokumenten des Landes ausführlich beschrieben. Um dies zu illustrieren, ist der Bericht an den fünf Fragen der Landesstrategie und ihren Unterkapiteln angelehnt. Die Dokumente können somit als **Beschreibung der Ausgangssituation** in den verschiedenen Themenbereichen verstanden werden. Die Darstellung der Entwicklung in den kommenden Jahren könnte im Prinzip auf diesen Diagnosen aufbauen. Allerdings folgen die meisten Diagnosen einer eigenen Logik – die selten mit den Schwerpunkten der Landesstrategie übereinstimmt, sondern aus den jeweiligen Schwerpunkten der einzelnen Dokumente abgeleitet ist. Wollte man bis 2030 ein **konsistentes Monitoring der Umsetzung der Landesstrategie** entwickeln, so würde dies eine stärkere Orientierung der Alltagsarbeit der Fachabteilungen, vor allem aber auch eine Berücksichtigung der Themen der Landesstrategie bei der Konzeption und Vergabe von Studien des Landes implizieren. Die Landesstrategie würde dann die Arbeit der Landesverwaltung stark prägen.

Die damit angerissene Problematik weist auf ein anderes Thema hin, das sowohl auf der politischen Ebene des Landes als auch in der Landesverwaltung noch genauer diskutiert werden sollte: welche **Stellung** soll die **Landesstrategie in der Alltagsarbeit von Politik und Administration** der nächsten Jahre haben?

Die Landesstrategie zeichnet einen breiten Bogen über verschiedenste Themen der Landespolitik, vor allem über jene, die das Land in der Zukunft beschäftigen werden. Sie ist daher auf einem höheren Abstraktionsniveau formuliert als die meisten Dokumente, die als Grundlage dieses Berichts dienten. Zwar listet die Landesstrategie immer wieder konkrete Handlungsfelder auf, die in der Zukunft besondere Beachtung finden sollten, doch können diese Beispiele nicht als abschließende Liste nötiger Aktionen interpretiert werden. Die Landesstrategie kann daher nicht als ein strategisches Dokument in dem Sinn gedeutet werden, dass man aus ihr konkrete messbare Ziele, Zwischenziele oder Zeitpläne der Umsetzung bestimmter Maßnahmen deduzieren könnte. Die Existenz solcher Zwischenziele samt Zeitplänen wäre allerdings eine Voraussetzung für ein verbindliches Monitoring der Entwicklung.

Vor diesem Hintergrund wäre es gut zu klären, ob und wie die Anliegen der Landesstrategie in die alltägliche Arbeit einfließen könnte. Dadurch würde ein **“Einsickern“ der Gedanken der Landesstrategie in die alltägliche Arbeit des Landes** erleichtert; bei Studien und Dokumenten, die von der Verwaltung selbst erstellt oder zur

Bearbeitung vergeben werden, würden a priori die Anliegen der Landesstrategie stärker als bisher Berücksichtigung finden. Dies wiederum würde in den kommenden Jahren ein Reporting über die Umsetzung der Landesstrategie besser ermöglichen.

Gleichzeitig würde durch einen solchen Prozess auch die Frage geklärt, ob und inwieweit die Landesstrategie überhaupt die für die Praxis „richtigen“ Themen anschneidet; es wäre ja auch denkbar, dass die Landesstrategie bei Themen, die von den Fachleuten der Verwaltung als dringend gesehen werden, keinerlei Impulse gibt. Mit anderen Worten: Es könnten auf diese Art auch wichtige **Ideen zu einer Weiterentwicklung der Landesstrategie** gewonnen und dokumentiert werden.

Ob ein solcher Schritt beschritten werden soll, muss von der Landesregierung entschieden werden. Die Landesstrategie erfüllt in der jetzigen Form als grobkörnige Orientierung für die Landespolitik eine wichtige Funktion. Es ist eine politische Wertentscheidung, wie stark sie auf die Umsetzungsebene weiterentwickelt werden soll. Denkbar wäre es auch, eine solche Weiterentwicklung nur in ausgewählten Bereichen vorzunehmen, die von der Landespolitik als besonders wichtig angesehen werden. Die künftigen Berichte werden die Ergebnisse dieser Entscheidungen reflektieren.